

SEIT
1946

04/2019

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



ATTERSEE

(BELVEDERE 21)

Ein Green New Deal für
Österreich
Julia Herr

Jeder auf seine Weise unglücklich.
Albert Dikovich

EU- Wahl: Rechte Konzernpolitik
& Klimakatastrophe – ein hoff-
nungsloser Fall?
Muna Duzdar

Klartext zur Krise der
Globalisierung?
Oliver Prausmüller

EDITORIAL

Die Schlagzahl der FPÖ-„Einzelfälle“ nimmt in den letzten Tagen und Wochen nochmals zu. Und trotz aller politischer und öffentlicher Empörung macht sie auch die Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts greif- und sichtbar. Das zeigt sich u.a. anhand des auch vom Christchurch-Attentäter genutzten Begriffs des „großen Austausches“: Eine Verschwörung der Linken, der „kosmopolitischen“ Eliten, von Muslimen und sonstigen Feindbildern des Rechtsextremismus sei im Gange, um planmäßig die demographischen Verhältnisse im Westen „umzudrehen“. Die kulturalistisch gewendeten Parallelen zur rassistisch-völkischen Propaganda gegen die, angeblich von den Juden und Sozialisten forcierten, „Rassenmischung“ des frühen 20. Jahrhunderts sind eigentlich unübersehbar. In einer ersten Schrecksekunde forderte Bundeskanzler Kurz daher auch eine Distanzierung der FPÖ von der Identitären Bewegung, die u.a. durch Spenden des Christchurch-Attentäter, in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückt war. Doch es dauerte nur wenige Tage, bis Kurz den Rückwärtsgang einschaltete. Vor einer klaren Distanzierung von diesem rechtsextremen Kampfbegriff drückte er sich mit der schamlos-dummen Ausrede, der Begriff sei ihm zu ungenau, weil von einem „Austausch“ aufgrund der einseitigen Fluchtbewegung nicht die Rede sein könne. Möglicherweise im Wissen, dass sein Vizekanzler dieses ideologische Versatzstück der Identitären wenige Tage später auf Plakate drucken lasse, schwadronierte er über semantische Details, ohne den skandalösen Inhalt als solchen zu benennen. Und er legte noch nach: Die Mitte des Sebastian kurz ist dort, wo man sich via Twitter von ideologischen Versatzstücken eines mörderischen Rechtsextremismus bestenfalls in gleichem Ausmaß distanziert wie von der Entscheidung der SPÖ Graz, welche Musik sie bei ihrer Maifeier hören will. Diese Grenzverschiebung ist eine Gefahr für die Demokratie. Denn sie trägt maßgeblich zur Massentauglichkeit rechtsextremer Ideologie bei.

Am Beginn dieses Heftes steht eine Fortsetzung der geschichtspolitischen Debatte der letzten Ausgabe: **Wolfgang Edelmüller** argumentiert, warum die geschichtshypotheti-

schen Argumente der **Februar-Moralisten** nicht geeignet sind, die **Position der Sozialdemokratie** als einziger politischen Kraft, die sich unmissverständlich für die Demokratie eingesetzt hat, zu relativieren und die Bedeutung des bewaffneten Widerstands gegen den Austrofaschismus im Februar 1934 zu schmälern.

Julia Herr präsentiert ihre Überlegungen und Forderungen zu einem „Green New Deal“ für Österreich und Europa. Das Papier wurde in geänderter Form als Ergänzung zum EU-Wahlprogramm beschlossen. Herr legt dar, wie mit einer europäischen Version des von der US-Kongress-Abgeordneten **Alexandria Ocasio-Cortez** vorgestellten „**Green New Deal**“ die soziale und die ökologische Krise durch eine Umgestaltung unseres Wirtschaftssystems nach dem Vorbild von Roosevelts „New Deal“ überwunden werden muss.

Auch die SPÖ-Energiesprecherin **Muna Duzdar** widmet sich der **Klimakrise** und stellt dar, wie die **Rechte** den **Klimawandel** und seine soziale Dimension **zu leugnen** versucht.

Albert Dikovich stellt **Philip Manows** bedeutendes Buch „Die politische Ökonomie des Populismus“ vor, das wertvolle Hinweise zum Verständnis populistischer Erfolge liefert.

Und **Oliver Prausmüller** bespricht das bemerkenswerte Buch des Harvard-Ökonomen **Dani Rodrik**, der Anfang Mai in Wien war, über globale Handelspolitik und das Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideen.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



ATTERSEE
FEUERSTELLE
1. Februar bis 18. August 2019
Belvedere 21, Arsenalstraße 1, 1030 Wien
Öffnungszeiten:
Mi bis So 11–18 Uhr
Mi und Fr bis 21 Uhr
(gilt auch an Feiertagen)

Christian Ludwig Attersee, Feuerstelle, 2001,
Mischtechnik mit Foto aus dem Jahr 1968 auf Karton, Privatbesitz
Foto: Johannes Stoll, © Belvedere, Wien; © Bildrecht, Wien, 2019

- 6 Das Narrativ der Februarmoralisten**
VON WOLFGANG EDELMÜLLER
- 14 Ein Green New Deal für Österreich**
VON JULIA HERR
- 26 EU-Wahl: Rechte Konzernpolitik & Klimakatastrophe – ein hoffnungsloser Fall?**
VON MUNA DUZDAR
- 30 Jeder auf seine Weise unglücklich.**
VON ALBERT DIKOVICH
- 38 Klartext zur Krise der Globalisierung?**
VON OLIVER PRAUSMÜLLER

Das Narrativ der Februarmoralisten

In Fortsetzung der in ZUKUNFT 03/2019 begonnenen Debatte um die Interpretation der Februar-Ereignisse 1934 rückt **Wolfgang Edel Müller** Kurt Bauers neues Buch in den Kontext tradierter geschichtspolitischer Diskussionen und verteidigt das klare Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Demokratie gegen alle Versuche der Relativierung und Gleichsetzung mit dem faschistischen Kurs der Regierung Dollfuß.

Seit dem Erscheinen von Kurt Bauers Buch „Der Februar Aufstand 1934. Fakten und Mythen“ zur 85. Wiederkehr der Erhebung des Republikanischen Schutzbunds liegt ein neues Standardwerk des Februarmoralismus vor. Freilich spricht nichts gegen Moral und schon gar nichts gegen die Aufklärung von Mythen durch Fakten. Aber alles spricht gegen eine, wie auch immer faktengesättigte, Erzählweise, die mit dem narrativen Gestus der moralischen Oberhoheit, die vermeintlich aus der Opferperspektive gewonnen wird, die geschichtliche Bedeutung des Februaraufstands der Sinnlosigkeit preisgibt. So als gäbe es weder die konfliktreiche Vorgeschichte zu den blutigen Bürgerkriegsereignissen in den Tagen des Februar 1934, noch die richtungsbestimmende Folgeschichte, die auf der demokratieverächtlichen Dollfuß-Straße zum widerstandslosen Untergang Österreichs als ostmärkischer Teil Nazideutschlands geführt hat.

FEBRUAR 1934 – „EIN AUFSTAND“?

Sobald man Bauers Moralversion der Februarerzählung gelesen hat, die auf der empirisch sorgfältigen und daher durchaus gelungenen Klärung der statistischen Opferbilanz des Aufstands beruht, bedrängt einen unweigerlich der geschichtsrevisionistische Zweifel, ob im Februar 1934 überhaupt so etwas wie ein „Aufstand“ stattgefunden hat, so moralisch fragwürdig wird der tragische Mikrokosmos der Kämpfe und seiner Opfer dargestellt. Vielleicht waren es doch bloß

Unruhen, die in Zeiten politischer Hochspannung eben gewaltsam eskalieren können, aber primär aus der irrtumsbeladenen Uneinigkeit und Fehleinschätzung in den Leitungsgängen der Sozialdemokratie entstanden sind? Und die Wucht eines Aufstands oder gar Bürgerkriegs erst in den Mythen der heroisierenden Nacherzählung erreicht haben? Wobei es auch der taktischen Klugheit der Dollfuß-Regierung in der Wahl der militärischen Mittel zur Niederschlagung der aufständischen Schutzbund-Aktionen zu verdanken sein könnte, dass sich die Opferzahlen unter den Kombattanten in Grenzen halten ließen? Sinnlos war das Unterfangen nach Bauer jedenfalls, denn sinnlos ist es allemal, Opfer eines Konflikts zu werden, der gänzlich ohne Sinn und Zweck losgebrochen ist, weder im Widerstand gegen die profaschistische Dollfuß-Regierung etwas ausrichten konnte noch zur vorgeblichen Rettung der bereits autoritär geknebelten Demokratie überzeugend beitragen wollte. Symbolisch und beispielgebend steht dafür die Widmung des Buches an das bei weitem sinnloseste aller Opfer, nämlich eines heranwachsenden Kindes unbeteiligter Anrainer im Floridsdorfer Kampfgebiet, das von marodierenden Aufständischen durch eine nichts als plan- und ruchlose Mordaktion gegen deren Wohngebäude zufällig ums Leben gebracht wurde.

EIN FEBRUARREVISIONIST DER ETWAS ANDEREN ART

Aber der quellenkundige Faktenhistoriker Kurt Bauer ist

kein gewöhnlicher Februarrevisionist nach der Art der christ-katholischen Dollfuß-Patrioten und ihres Wortführers, des öVP-Altpolitikers Andreas Khol, die sich den austrofaschistischen Sündenfall des politisch organisierten und gewaltsam ausgeführten Verfassungsbruchs gegen die parlamentarische Demokratie schönreden, indem sie mit dem wahrheitswidrigen Aufwand der Geschichtsklitterung einen patriotischen Heldenkanzler fingieren, dessen tragische und von schicksalhaft „unvermeidlichen Fehlern“ begleitete, aber schließlich mit dem eigenen Leben bezahlte Rolle im vaterländischen Abwehrkampf gegen den bedrohlichen Nazifaschismus bestanden haben soll. Bauer lässt kaum einen Zweifel aufkommen, dass die dollfußpatriotische Selbstabsolution keine Gnade findet vor der historischen Tatsache, dass die autoritäre Dollfuß-Regierung und ihre paramilitärischen Verbündeten (parlamentarisch im „Heimatblock“ repräsentiert) in erster Linie entschlossen waren, mit Unterstützung Mussolinis und dem Segen der Katholischen Kirche um den Preis der politischen Demokratie die Machtfrage gegen die ArbeiterInnenbewegung mit aller Gewalt zu entscheiden, wobei ihnen die parallel stattfindende Machergreifung der Nazis gegen die Weimarer Republik mehr Anregung, als Abschreckung geboten hat.

Denn die Ausschaltung des Parlaments zwischen 4. und 15. März 1933 und das daran anschließende autoritäre Notverordnungsregime (in Deutschland war Hitler am 30. Jänner 1933 zum Reichskanzler ernannt worden und hatte bis zum 28. Februar 1933 in Kooperation mit dem reaktionären Reichspräsidenten Hindenburg durch die „Reichstagsbrandverordnung“ die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt, womit der Notverordnungsweg in die Nazidiktatur geebnet war) bot eine günstige Gelegenheit, die kurzfristig anstehende Nationalratswahl zu verhindern, obwohl eine nach der Parlamentsausschaltung massiv unterstützte Petition ihre Abhaltung verlangte. Und die Gefahr war groß, dass vor dem Hintergrund der desaströsen Wirtschaftskrise, die von einer beschleunigten Naziunterwanderung der erodierenden WählerInnenbasis im Regierungslager begleitet war, die Neuwahl des Nationalrats die Sozialdemokratie ihrem Ziel einer parlamentarischen Rückkehr an die Regierungsmacht näher brachte. Auch und gerade weil die in Regionalwahlen zunehmend erfolgreichen österreichischen Nazis („Hitlerbewegung“) mit dem Rückenwind von Hitlers Machtergreifung in Deutschland und seinem irregulären Wahlsieg bei der unter Terrorbedingungen abgehaltenen Reichstagswahl am 5. März 1933 mit deutlichen Mandatszuwächsen zu Lasten des deutschnationalen

„Schoberblocks“ und der regierungsverantwortlichen Christlich-sozialen Partei (CSP) rechnen konnten, sodass sich die Mehrheitsverhältnisse sehr wahrscheinlich zu Gunsten der Sozialdemokratie verschoben hätten.

Die SDAP, seit ihrem Ausscheiden aus der Regierung im Jahr 1920 parlamentarische Mehrheitspartei in Opposition (ihre Majorisierung gelang zumeist nur durch wahlpolitische „Bürgerblockbündnisse“ der CSP) und durch das krisenbeschleunigende Austeritätsregime als Konditionalität der Völkerbundanleihe auch ohne politisch tragfähige Rückkehrproption, machte sich berechnete Hoffnungen, dass sie nach einem neuerlichen Wahlerfolg ein republikanisches Bündnis mit den gegen Heimwehr- und Nazifaschismus eingestellten parlamentarischen Kräften des Bürgertums formen könnte, um einen „historischen Kompromiss“ gegen den Faschismus zu schmieden. Aber genau diese sozialdemokratische Regierungsteilnahme wollte die unter Dollfuß dem faschistischen Mussolini-Lager angenäherte CSP unter allen Umständen verhindern. Und so nahm das austrofaschistische Dollfuß-Verhängnis seinen Lauf in den Untergang Österreichs, bei dem der herausragende Putschhelfer Schuschnigg alsbald seine erbärmliche Rolle finden sollte. Derselbe „Schuschnigg Gnadenlos“, der als Justizminister dem Bundespräsidenten die Gnadengesuche der standrechtlich zum Tode verurteilten Schutzbundkommandanten vorenthielt und regelmäßig die flehentlichen Unterstützungsofferte des sozialdemokratischen Untergrunds zur Verteidigung des Landes gegen den Zugriff Nazideutschlands zurückwies. Der französische Historiker Éric Vuillard hat in einem brillanten Episodenssay („Die Tagesordnung“, Übersetzung: Nicola Denis, Berlin 2018, Auszeichnung: Prix Goncourt) diesem niederträchtigen politischen Charaktertypus zu literarischer Kenntlichkeit verholfen.

DER GESCHICHTSHYPOTHETISCHE KONJUNKTIV

Im Narrativ der Februarmoralisten wird freilich diese Vorgeschichte zum Februar 1934 mit Bezug auf Otto Bauers unbedingte Bestrebung, die Einheit der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung als Voraussetzung für eine parlamentarische Rückeroberung der Regierungsmacht zu erhalten, stark relativiert.

Die Kronzeugen dieser Relativierung sind die sozialhistorischen Verfechter der „geteilten Schuld“, die nach Norbert Leser und seinen Adepten im Otto-Bauer-Biografen Ernst Hanisch (Der große Illusionist. Otto Bauer, 1881-1938,

Wien 2011) ihren Meister gefunden haben. Die Meisterschaft der Argumente für eine „geteilte Schuld“ bewegt sich allerdings auf historiografisch unsicherem Terrain, wo mit wenig erwiesenen Fakten, aber mit den vielen spekulativen Möglichkeitsformen des „hypothetischen Historismus“ aufgewartet wird. Dabei wird die potenzielle Gefährlichkeit der austromarxistischen Sozialdemokratie für die politische Demokratie der ersten österreichischen Republik in den Mittelpunkt gerückt. Gemäß historischer Faktenlage haben zwar die zum Austrofaschismus konvertierten Christlich-Sozialen unter Dollfuß die parlamentarische Demokratie unbestreitbar zielstrebig und schließlich gewaltsam beseitigt, aber die von Otto Bauer und dem Austromarxismus maßgeblich beeinflusste Sozialdemokratie hätte es ebenfalls tun können. Zumindest die Kampfmittel standen ihr seit der teilweisen Überführung der im Zuge der Bundesheergründung politisch verdrängten Volkswehrsoldaten in den paramilitärischen Republikanischen Schutzbund zur Verfügung. Wobei sie an deren Einsatz möglicherweise bloß durch die politische Entschlossenheit der Dollfuß-csp und der mussolini-faschistisch inspirierten Heimwehrverbände gehindert wurde, die sich gegen das bolschewistische Drohpotenzial der revolutionären Rhetorik („Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“), mit der Otto Bauer und Genossen das besorgte Bürgertum permanent in Angst und Schrecken versetzt haben sollen, in Stellung gebracht haben. Jedenfalls regiert in der spekulativen Gefährlichkeitseinschätzung der Sozialdemokratie und ihres an die einheitsfördernde Integrationsbereitschaft des linken Sektors der ArbeiterInnenbewegung gerichteten Verbalradikalismus der geschichtshypothetische Konjunktiv.

RELATIVIERUNG DER FAKTEN

Hingegen bleibt die mit gesichertem Quellenmaterial gut belegbare demokratische Entwicklungsgeschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewegung und die daraus resultierende strategische Kontinuität im parlamentarischen Kampf um die politische Regierungsmacht weitgehend unberücksichtigt. Sie geht zurück auf das zähe Ringen um das freie, gleiche und geheime Wahlrecht, das für die Sozialdemokratie reichlich Früchte getragen hat. Bereits im 1911 nach dem allgemeinen Männerwahlrecht konstituierten Abgeordnetenhaus des Reichsrats stellten die Sozialdemokraten die stärkste der breit aufgefächerten Parlamentsfraktionen. Sie konnten diese parlamentarische Führungsrolle in der am 16. Februar 1919 gewählten Konstituierenden Nationalversammlung auf Basis des die Frauen nunmehr einschließenden gleichen

Wahlrechts, das am Tag der Republikausrufung (12. November 1918) von der Provisorischen Nationalversammlung auf Initiative Karl Renners beschlossen wurde, mit einem Stimmenanteil von knapp über 40% weiter konsolidieren. Der Sozialdemokratie, die sich unter maßgeblicher Beteiligung der von Otto Bauer geleiteten „Friedenslinken“ auf den absehbaren Zerfall der Habsburger Monarchie gut vorbereitet hatte, konnte daher in der zweijährigen „Revolutionsperiode“ vom Zusammentritt der Provisorischen Nationalversammlung am 21. Oktober 1918 bis zu ihrem Ausscheiden aus der Regierung am 22. Oktober 1920 den institutionellen Transformationsprozess zur Errichtung der ersten österreichischen Republik entscheidend gestalten.

Die Sozialdemokratie in der „österreichischen Revolution“ Dass die „österreichische Revolution“ vorwiegend im institutionellen Rahmen gehalten werden konnte, war durch den raschen Zusammenbruch der K.u.K.-Vielvölker-Armee begünstigt, deren Offizierskader zu großen Teilen in den nationalen Armeen der Nachfolgestaaten aufgingen und als restauratives Machtinstrument des habsburgischen Ancien Regimes kaum zur Verfügung standen. Entscheidend war jedoch, dass die Sozialdemokratie sowohl den parlamentarischen Prozess der legislativen Umgestaltung als auch die außerparlamentarische soziale Bewegung, insbesondere die Rätebewegung in den Betrieben, weitgehend unter Kontrolle halten konnte. Und sie hat nicht den Fehler begangen, in den Nachkriegswirren des Zusammenbruchs der dynastischen Mittelkräfte das revolutionäre Potenzial zu überschätzen und in die Falle der „sozialen Revolution“ zu tappen, die rund um die territorial drastisch verkleinerte Republik (Deutsch)-Österreich die ArbeiterInnenbewegungen in die endgültige organisatorische Spaltung und in die politische Niederlage geführt hat, wodurch der aufkommende Faschismus mit seiner italienischen Vorreiterrolle erst so richtig freie Bahn erhielt. Die österreichische Sozialdemokratie hat vielmehr das „Gleichgewicht der Klassenkräfte“, das aus dem politisch-militärischen Zusammenbruch der Monarchie und der durch das soziale Kriegselend geförderten Um- und Aufbruchsstimmung in der arbeitenden Bevölkerung entstanden war, genutzt, um die konstitutionellen und sozialen Prozesse wechselseitig zur „Österreichischen Revolution“ (Otto Bauer, Wien 1923) zu verbinden, woraus eine Dynamik des gesellschaftlichen Fortschritts in den gradualistischen Grenzen der parlamentarischen Demokratie entstehen konnte. Die SDAP hatte ihr demokratisches „Modell“ der sozialen Umgestaltung des Kapitalismus „auf dem Weg zum Sozialismus“ längst gefun-

den und in der „österreichischen Revolution“ beispielhaft angewendet. Und sie hat diese Erfahrung im Austromarxismus auch theoretisch verarbeitet, dessen innovativ-undogmatische Richtung stets auf die Vermittlung zwischen sozialer ArbeiterInnenkulturbewegung zur Stärkung des politischen Klassenbewusstseins und parlamentarischer Präsenz im Kampf um die „sozialistische Demokratie“ gesetzt hat.

CHRISTLICH-SOZIALE AUSTERITÄTSPOLITIK UND EINHEIT DER SOZIALDEMOKRATIE


Freilich geriet die Sozialdemokratie mit ihrem parlamentarisch-demokratischen Transformationskonzept, das in der Sozialisierungsdebatte auch auf der wirtschaftlichen Ebene konkrete Impulse zu Gunsten eines sektorübergreifenden Mitbestimmungssozialismus („Gemeinwirtschaftliche Anstalt“ als betriebliche Unternehmensform in der Hand von ArbeiterInnen und VerbraucherInnen unter koordinierender Aufsicht einer staatlichen Wirtschaftsbehörde) erhielt, nicht minder in scharfe Gegensätze zu den bürgerlichen, von der csp angeführten Koalitionsregierungen, die ab Oktober 1920 in knappen Wechselfolgen mit der „Aufräumung des Revolutionsschutts“ und ab 1922 mit der austeritätspolitischen Konditionalität der hochverzinsten Völkerbundanleihe befasst waren. Diese Art der von den Seipel-Regierungen forcierten Politik hatte in Österreich mit seinen ohnehin vielfältigen wirtschaftlichen Strukturproblemen noch vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Anschluss an den Börsenkrach von Oktober 1929 dramatische Krisenfolgen ausgelöst. Die Arbeitslosigkeit nahm mit dem fiskalpolitischen Austeritätsregime sprunghaft auf über 10% der Beschäftigten (1926: 11%) zu, der dadurch wachsende Lohndruck und die Sparmaßnahmen in den Sozialbudgets haben die wirtschaftliche Verelendung der ArbeiterInnenschaft signifikant beschleunigt. Und die Sozialdemokratie, unter Otto Bauers politisch-strategischem Einfluss strikt auf die Sicherung ihrer Einheit als Voraussetzung jederzeitiger Kampfbereitschaft auf allen Ebenen bedacht, hat sich den „Einladungen zur Enthauptung“ in Form einer Regierungsbeteiligung verweigert. Wohl wissend, dass sie die geforderte Beitragstäterschaft zur Seipel'schen Austeritätspolitik in schwere Konflikte stürzen und den Vertrauensverlust der ArbeiterInnenklasse zur Folge haben würde, aus dem schließlich analog zum Schicksal vieler Schwesterparteien die politische Spaltung und nachhaltige Schwächung folgen könnte.

DER DREH- UND ANGELPUNKT DER FEBRUARMORALISTEN

Den wachsenden politischen Einfluss der Heimwehrverbände auf die Seipel-Regierungen und ihre zunehmende Faschisierung durch erkennbare Querverbindungen zu den autoritären Regimen in Italien und Ungarn beantwortete die österreichische Sozialdemokratie mit einem „Konzept der wehrhaften Demokratie“, gründete 1923 den Republikanischen Schutzbund und drohte den putschbereiten Heimwehrfaschisten im Parteiprogramm 1926 mit den Konsequenzen einer defensiven „Diktatur des Proletariats“. Und genau diese verbalradikale Reizparole ist im Narrativ der Februarmoralisten der Dreh- und Angelpunkt für die Unglaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Weges zur „sozialistischen Demokratie“ über eine parlamentarisch legitimierte und allenfalls dominierende Regierungsbeteiligung. Damit gerät diese geschichtspolitische Erzählweise zwangsläufig in den Widerhall des „Austrobolschewismus“-Geschreis, mit dem die Heimwehrfaschisten ihre ab 1927 (Justizpalastbrand nach dem Schattendorfurteil) zunehmende Gewalt- und Putschbreitschaft gegen die demokratische Verfassung begründet haben, um schließlich nach einer langen Phase der Zuspitzung zwischen März 1933 und Februar 1934 zur Tat zu schreiten. Dieser Widerhall, dessen sich die Dollfuß-Patrioten bis heute mit der rechtfertigungsideologischen Verdrehung zum Naziabwehrkampf bedienen, ist auch demokratiepolitisch bedenklich, weil wohl nirgends auf der Welt der Staatsstreich gegen die verfassungsmäßige Demokratie mit gelinderen Mitteln als der bürgerlichen Repression beantwortet werden kann, auch wenn die zu Recht um den Bestand von Republik und Demokratie besorgten österreichischen SozialdemokratInnen den dafür wahrlich ungeeignetsten Begriff der „Diktatur des Proletariats“ verwendet haben.

FEHLEINSCHÄTZUNGEN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEIFÜHRUNG

Dennoch ist es unbestritten, dass die Strategie des parlamentarischen Weges der SDAP zur angestrebten „sozialistischen Demokratie“ in Verbindung mit ihrer hohen Abwehrbereitschaft gegen die faschistischen Putschgelüste der bürgerlichen Machthaber von der sozialdemokratischen Neigung zum politischen Attentismus selbst der Gefahr des Scheiterns ausgesetzt wurde. Die Parteileitung hat die antidemokratische und profaschistische Gewaltbereitschaft der autoritären Strömungen im rechten Lager deutlich unterschätzt und viel zu lange an die Möglichkeit von deren demokratischer Isolierung

durch die greifbare eigene Parlamentsmehrheit geglaubt. Bis es nach dem „Julimassaker“ 1927, den autoritären Zugeständnissen in der Verfassungsreform 1929 und den parlamentarischen Umgehungsanwendungen des „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ durch die Dollfuß-Regierung ab 1932 zu spät war. Selbst der letzte Ausweg einer entschlossenen Antwort des kampfbereiten Republikanischen Schutzbundes auf die Parlamentsausschaltung im März 1933 wurde versäumt, womit die Sozialdemokratie ihren strategischen Optionen selbst die Basis entzogen hatte. Wie abträglich und demoralisierend dieses attentistische Zurückweichen gewirkt hat, wurde schließlich im Fanal des Aufstands der drangsalieren Schutzbündler im Februar 1934 deutlich, als eine seiner wesentlichen Voraussetzungen, der Generalstreik der organisierten ArbeiterInnenschaft, versagte und das Dollfuß-Regime den Konflikt mit vollem Einsatz von Bundesheer, Exekutive und faschistischen Heimwehren zum Bürgerkrieg ausweiten konnte. Aber als sinnlos kann man dieses letzte kämpferische Aufgebot gegen den Faschismus in Österreich wohl nur dann bezeichnen, wenn man das damals nicht vorhandene Wissen voraussetzt, dass sich der sozialdemokratische Kampf um die Republik, wenn er aus der spekulativen Sicht der Februarmoralisten je mit redlichen Absichten für die Erhaltung der politischen Demokratie im sozialistischen Sinn geführt wurde, bereits erschöpft hatte. Mit derselben Begründung lässt sich folglich auch die Schuschnigg'sche Verweigerung der politischen und militärischen Mobilisierung gegen den Überfall Österreichs durch Nazideutschland rechtfertigen. Wenn nicht überhaupt jeder antifaschistische Kampf, der - wie so oft - an der gegnerischen Übermacht gescheitert ist, aus diesem Blickwinkel als vergeblich und sinnlos delegitimiert werden könnte. Das ist aber geschichts- wie demokratiepolitisch höchst bedenklich, wenngleich es dem neoliberal-rechtspopulistischen Zeitgeist des demokratischen Relativismus entgegenkommen mag. 

WOLFGANG EDELMÜLLER

ist Ökonom und lebt in Wien und im Waldviertel.



Christian Ludwig Attersee

„Serviettenzwilling (Selbstbildnis Als)“, 1975

Privatbesitz. Foto: Atelier/ Archiv Attersee, Wien, © Bildrecht, Wien, 2019
Mischtechnik zwei Portraitdrucke des Künstlers und sechs Servietten auf
Karton (Collage), 62,5 x 44 cm



Christian Ludwig Attersee, „Das Süßeste vom Süßen“, 1966
Privatbesitz. Foto: Johannes Stoll © Belvedere, Wien
© Bildrecht, Wien, 2019

Ein Green New Deal für Österreich

In der US-amerikanischen Linken sorgt die junge Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez mit einem Vorschlag für einen klimarettenden Umbau der amerikanischen Wirtschaft – dem Green New Deal – für großes Aufsehen. Wie könnte eine soziale und ökologische Transformation der Wirtschaft in Österreich aussehen. **Julia Herr**, SPÖ-Kandidatin für das EU-Parlament hat mit ihrem Team einen konkreten Vorschlag erarbeitet, der die soziale Frage gleichberechtigt neben die ökologische Frage stellt. Der Parteirat hat das Papier als Ergänzung des EU-Wahlprogramms beschlossen.

1. DIE ÖKOLOGISCHE UND SOZIALE SITUATION

Bei einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 4° C oder mehr würde Südeuropa unter permanenter Dürre leiden. Die globalen Korntrträge würden um bis zu 50% zurückgehen, was zu Hungersnöten fast im jährlichen Rhythmus führen würde. Die Weltwirtschaft wäre 30% kleiner als ohne Klimakrise, und es gäbe verstärkt Konflikte und Krisen, die zu Migrationsströmen führen würden. Die aktuellen Zahlen deuten darauf hin, dass die Temperaturen um mehr als 4° C zunehmen werden und die entsprechenden Szenarien immer noch zu rosig sind!

Einem neuen Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zufolge schwinden Eis und Permafrost im 21. Jahrhundert, selbst wenn wir die Erderhitzung auf 1,5° C reduzieren könnten. Die Auswirkungen des Abtauens am Nord- und Südpol und in Sibirien auf den Rest der Welt lassen sich noch nicht abschätzen, aber es ist zu befürchten, dass u. a. der Jet-Stream derart verändert wird, dass sich die Wahrscheinlichkeit von Extremwetterereignissen in Europa deutlich erhöhen wird. Die Wissenschaft sagt uns seit Jahrzehnten, dass schon eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur um 1,5° C bis 2° C zu Schäden in Milliardenhöhe führen wird und zur Vernichtung der Lebensgrundlage von Millionen Menschen.

Der Generalsekretär der Weltorganisation für Meteorologie, Petteri Taalas, sagte im November 2018, dass die glo-

bale Durchschnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um 3° C bis 5° C ansteigen könnte, sollte der jetzige Trend andauern. Sollten wir die verfügbaren Ressourcen fossiler Brennstoffe nutzen, dann wäre der Anstieg noch wesentlich höher. Wenn wir also mit einer Katastrophe rechneten bei einer globalen Erwärmung von 1,5° C – 2° C, dann müssen wir jetzt erkennen, dass dies noch deutlich übertroffen wird. Die Wissenschaft betont seit Jahren, wie wichtig es wäre, den Anstieg der Temperaturen auf 1,5° C zu begrenzen.

Im Vergleich zu 1990 ist Österreich eines von nur fünf der 28 EU-Länder, in denen die Treibhausgas-Emissionen gestiegen, statt gefallen sind. Die geplanten Maßnahmen der Regierung sind völlig unzureichend, damit Österreich seinen Beitrag leistet. Wie der Klimaschutzbericht eindeutig zeigt, muss die Republik viel mehr tun.

In Europa hat Greta Thunberg mit ihrem mutigen Auftritt vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos die Schülerproteste „Fridays for Future“ angestoßen, die Gesellschaft wachgerüttelt und den mit Privatjets angereisten Konzernlenkern den Spiegel vorgehalten. Die Klimaproteste haben gezeigt, dass es in allen Teilen der Welt und allen wichtigsten Ländern der Erde Menschen, Vereine, Institutionen, Ehrenamtliche, und PolitikerInnen gibt, die die Menschheit vor der Klimakatastrophe bewahren wollen. In den Vereinigten Staaten steht der neue Star der Demokraten, Alexandria Ocasio-Cortez, mit ihrem

neuen grünen Sozial- und Wirtschaftsplan, dem „Green New Deal“, für eine neue Herangehensweise an Klimapolitik, die Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit und einem Wiederaufbau der amerikanischen Wirtschaft, verbindet.

Echte Klimapolitik ist immer auch soziale Politik, deswegen braucht es auch in Österreich eine Herangehensweise an Klimapolitik, die Umweltschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbindet und hier wirksame und mutige Maßnahmen setzt. Die Politik darf die Menschen nicht im Stich lassen. Auch in Österreich haben die Menschen zurecht das Gefühl, zu kurz zu kommen und mit ihren sozialen und finanziellen Sorgen alleine gelassen zu werden. Mit über 300.000 Kindern, die als armutsgefährdet gelten und laut OECD stark zunehmender Einkommensungleichheit – unter 26 Ländern stieg sie nur in der Slowakei und in Belgien stärker an – sind wir dabei, den Wohlstand eines großen Teils unserer Bevölkerung zu verspielen. Am Ende des Monats hat die Hälfte der BürgerInnen kein Geld mehr auf dem Konto, ein Viertel von uns hat keinerlei Ersparnisse. Dabei sind mehr als eine halbe Million Österreicher überschuldet. Österreich steht in der Verantwortung, mehr für seine BürgerInnen zu leisten. Es ist die Aufgabe des österreichischen Staates, seiner Tradition als Sozial- und Wohlfahrtsstaat auch in Zukunft gerecht zu werden.

Unsere Regierung darf dem Druck globaler Konzerne und nationaler Lobbys nicht immer wieder nachgeben. Wir müssen uns wehren, wenn kurzfristige Profite für einige wenige immer wieder über das Wohl der Allgemeinheit gestellt werden. Wir fordern eine Abkehr von einer Produktionsweise, die auf grenzenloser Ausbeutung der Ressourcen unseres Planeten und der Maximierung von Profit um jeden Preis beruht. Der „Markt“ alleine kann die Probleme unserer Zeit nicht lösen. GewinnerInnen dieser Entwicklung sind einige wenige zu Lasten eines Großteils der Bevölkerung und der Umwelt. Wir müssen als Gesellschaft diese wichtigen Herausforderungen endlich angehen und nicht nur tatenlos zusehen.

Die wirtschaftlichen Ressourcen die wir dafür brauchen stehen zur Verfügung und werden nicht genutzt: Für sinnvolle Investitionen in die Zukunft sind ausreichend Kapazitäten vorhanden. Aktuell zeigen 8,4% offizielle Arbeitslosigkeit deutliche auf, dass viele, die arbeiten können und wollen, trotzdem ohne Beschäftigung bleiben. Dabei befinden sich noch mehr als 50.000 Personen in Schulungen, die sonst ebenfalls als arbeitslos gezählt werden würden. 2018 gab es im

Jahresdurchschnitt rund 150.000 Langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose in Österreich – vor der Krise von 2008/09 lag dieser Wert noch bei unter 50.000 Personen. Der Auslastungsgrad der österreichischen Industrie liegt aktuell bei 87% und sinkt. Es ist deutlich, dass sowohl am Arbeitsmarkt als auch in der Industrie freie Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Klimaschutz und eine gerechtere Gesellschaft mit weniger Arbeitslosigkeit dürfen keine Gegensätze sein, sondern müssen als ein gemeinsames, integriertes Projekt gedacht werden. Das kann nur durch einen Green New Deal für Österreich gelingen. So kann Österreich als sechstreichstes Land der EU eine Vorreiterrolle in der gesellschaftlichen Weiterentwicklung der Europäischen Union einnehmen, und eine bessere Zukunft für seine BürgerInnen schaffen.

Ein wichtiger Bestandteil des Green New Deal ist das Recht auf Arbeit. Ein Green New Deal mit hohen Investitionsausgaben wird viele neue Arbeitsplätze schaffen, manche in bestehenden Sektoren, manche in neuen Feldern. Dennoch werden einige Arbeitsplätze in stark emissionsverursachenden Wirtschaftssektoren in Zukunft nicht mehr benötigt. Einige Menschen fürchten zurecht um ihre Arbeitsplätze und haben in einer Wirtschaft mit Hundertausenden Arbeitslosen Existenzangst. Für jene, die keinen Arbeitsplatz in der neuen grünen Wirtschaft bekommen, schreiben wir ein „Recht auf Arbeit“ fest. Für sie soll eine Beschäftigungsgarantie ausgesprochen werden. Kann der Staat eine Region nicht mit aktiver Industriepolitik wiederbeleben, werden diese Menschen trotzdem einen staatlich finanzierten Arbeitsplatz in gesellschaftlich notwendigen Bereichen erhalten bis sie wieder in die Privatwirtschaft eingegliedert werden.

Die bestehende und die neu geschaffene Arbeit soll gerechter aufgeteilt werden. Während die Produktivität in den meisten Sektoren ständig steigt, lässt die nächste Arbeitszeitverkürzung schon über 40 Jahre lang auf sich warten. Eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich schafft zusätzliche Arbeitsplätze und bedeutet gleichzeitig ein Mehr an Freizeit und Lebensqualität.

Wir können und müssen unsere Zukunft in die Hand nehmen. Wir können nicht länger zulassen, dass wirtschaftliche Interessen über das Gemeinwohl gestellt werden. Es liegt an uns, unsere Umwelt zu schützen und eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Wir sind viele und wir können uns gemeinsam in einem demokratischen Prozess durchsetzen.

Die Demokratie gibt uns die Freiheit, mit unseren Stimmen, die Entscheidungen zu treffen, die wir für richtig halten. Dieses Recht und diese Pflichten müssen wir nun endlich nutzen. Für uns ist die Erde kein Produktionsfaktor, sondern die Grundlage unseres Lebens. Die Zerstörung unserer Existenz auf der Basis einer radikalen Ideologie der Macht der Wenigen über die Vielen, verdeckt durch inhaltsleeres Abstrahieren über eine „Marktwirtschaft“, gehört aufgehoben!

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, die nachhaltig mit der Umwelt und ihren Ressourcen umgeht. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der es gute Arbeitsplätze gibt und allgemeiner Wohlstand herrscht. Wir wollen eine Gesellschaft die sich am Gemeinwohl orientiert. Wir erkennen, dass eine Mobilisierung von Ressourcen in einem enormen Ausmaß notwendig ist um einerseits einen Beitrag zur Begrenzung der Erderhitzung zu leisten und andererseits eine gerechtere Gesellschaft und nachhaltig wachsende Wirtschaft für die Zukunft zu schaffen. Wir haben die große Aufgabe, unsere Gesellschaft so weiterzuentwickeln, dass auch zukünftige Generationen in Österreich in Frieden und Wohlstand in einer intakten Umwelt leben können. Um das zu erreichen brauchen wir einen Green New Deal.

Das folgende Manifest ist eine Erklärung, mit welchen Mitteln und Maßnahmen wir die oben genannten ökologischen und sozialen Herausforderungen bewältigen wollen und warum wir glauben, dass diese Vorschläge zu den gewünschten Ergebnissen führen werden. Wir möchten die Rolle des demokratischen Staates stärken und erkennen seine Verpflichtung zur Weiterentwicklung der Gesellschaft, zur Sicherung einer gerechteren Wirtschaft und zur Rettung der Umwelt an. Dieser Vorschlag legt ein positives inhaltliches Konzept zur Überwindung des gesellschaftlichen Stillstands vor. Es soll an die österreichische Erfolgsgeschichte der Vergangenheit anknüpfen und Österreich fit für die Zukunft machen!

2. GREEN NEW DEAL

Auf der Pariser Klimaschutzkonferenz (COP21) haben sich im Dezember 2015 die 195 teilnehmenden Länder erstmals auf ein allgemeines, rechtsverbindliches, weltweites Klimaschutzabkommen geeinigt, doch passiert ist wenig. Aktuelle politische Vorhaben gehen nicht weit genug, während die wachsenden sozialen Spannungen in unserer Gesellschaft und die Proteste unter dem Motto „Fridays for Future“ uns noch einmal nahe legen, dass es Zeit ist, jetzt die Visionen in die Tat

umzusetzen und konkrete Politikvorschläge voranzutreiben. Österreich steht vor mehreren wichtigen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt: Die Klimakrise und ihre Folgen, eine kaum wachsende Wirtschaft, Unterbeschäftigung und steigende Ungleichheit. Wir wollen dabei alle ÖsterreicherInnen für eine gemeinsame Politik gewinnen und die soziale Spaltung überwinden, die unsere Gesellschaft lähmt. Das Programm dafür ist der Green New Deal.

Beim Green New Deal geht es nicht nur um saubere Luft und sauberes Wasser, ökologisch unschädliche Lebensmittel und eine nachhaltige Industrie und Landwirtschaft, es geht um weit mehr als das: Die Mobilisierung von Ressourcen zur Bekämpfung der Klimakrise und zur technologischen und ökologischen Weiterentwicklung von Österreich soll Hand in Hand gehen mit einer Verbesserung der Perspektiven der BürgerInnen. Es geht um Vollbeschäftigung, Preisstabilität und eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit einer Neuorientierung hin auf das Gemeinwohl: Es geht darum, sich als Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Um Österreich fit für die Zukunft zu machen, wollen wir Investitionen in Forschung und Entwicklung, sowie in Bildung und öffentliche Infrastruktur anstoßen und so Tausende von guten, hochbezahlten Arbeitsplätzen mit Kollektivverträgen schaffen. Es sollen im Rahmen eines staatlichen Investitionsprogramms neue Arbeitsplätze in für die Zukunft wichtigen Bereichen wie Forschung, Bildung und Pflege entstehen. Dabei wollen wir insbesondere dort Arbeitsplätze schaffen, wo die Abwanderung zu großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen geführt hat. Wir wollen Investitionen in öffentlichen Nah- und Fernverkehr tätigen, um den öffentlichen Nahverkehr auszubauen. Eine bessere, enger getaktete Anbindung ländlicher und suburbaner Regionen soll den Umstieg auf nachhaltige Mobilität einfach machen. Es sollen Steueranreize und Förderungen geschaffen werden, um in neue umweltschonende Technologien zu investieren, so dass eine Reduktion der Netto-CO₂-Emissionen bis 2030 um etwa 65% gegenüber dem Niveau von 2010 erreicht werden kann. Bis 2040 sollen die Netto-CO₂-Emissionen auf null reduziert werden.

Zusätzlich soll der Widerspruch zwischen Klimaschutz und Arbeitsplätzen durch die Implementierung des Green New Deal aufgelöst werden. Es soll ein Recht auf Arbeit eingeführt werden: Allen ÖsterreicherInnen, die arbeiten können und wollen, insbesondere jenen, die von Langzeit-

arbeitslosigkeit betroffen sind, werden wir einen öffentlich finanzierten Arbeitsplatz anbieten. Diese Arbeitsplätze sollen vor allem dort entstehen, wo Gemeinden von Arbeitslosigkeit betroffen sind, nämlich auf kommunaler Ebene – ähnlich der „Aktion 20.000“. Dabei sollen keine Arbeitsplätze geschaffen werden, die mit öffentlicher oder privater Arbeit konkurrieren. Durch das Recht auf Arbeit wird es keine ungewollte Arbeitslosigkeit mehr geben. Zudem hat die Privatwirtschaft die Möglichkeit produktive Arbeitskräfte aus dem staatlichen Programm heraus abzuwerben.

Eine aktive neue Industriepolitik in Österreich, aber auch auf europäischer Ebene, soll vor allem in ländlichen und strukturschwachen Regionen, die von der Klimakrise oder dem nachhaltigen Umbau der Wirtschaft betroffen sein werden, angesiedelt werden. Ziel ist es, neue Technologien zu entwickeln und Unternehmen dort Unterstützung zu geben, wo Forschung wichtig ist. Wir wollen die Rolle einer auf Nachhaltigkeit basierenden Industrie in der österreichischen Wirtschaft stärken. Dabei muss es auch darum gehen, durch gezielte staatliche Förderung Industrien hochzuziehen, die von alleine nicht entstehen würden. Wir wollen dafür sorgen, dass österreichische Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können. Der Staat ist selbst ein großer Innovator, ohne ihn hätten wir kein Internet, kein WLAN und weder Touchscreens, noch Laser oder gar Computer erfunden.

Finanziert wird der Green New Deal durch die Ausgabe von zusätzlichen Grünen Anleihen („Green Bonds“) über die Europäische Investitionsbank (EIB). Dabei legt die EIB für die jeweiligen Nationalstaaten Anleihen auf. Diese Anleihen werden an die Banken verkauft, so wie normale Staatsanleihen auch. Die Anleihen haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2049 und tragen einen Zins, der dem aktuellen Leitzins der EZB entspricht. Die Länder leisten die Zinszahlungen an die EIB, welche sie an die Investoren weiterreicht. Bis zum Jahr 2050 können wir entscheiden, ob wir die Anleihen zurückzahlen oder durch neue Anleihen ersetzen. Wichtig ist aber, dass wir jetzt handeln und jetzt Geld ausgeben, damit der Green New Deal ein Erfolg wird.

Wir müssen mit aller Kraft jene zur gesellschaftlichen Verantwortung ziehen, die die Umwelt ausbeuten und dabei Steuerbetrug begehen. Dafür fordern wir eine gerechtere Konzernbesteuerung: Großkonzerne müssen endlich ihre Steuerbeiträge leisten. Wir wollen eine Obergrenze von 5 Prozent für den Anteil der Gewinne, die ein Konzern als Ein-

nahmen von geistigem Eigentum verschieben darf. Ausserdem soll eine EU-weite einheitliche Körperschaftssteuer von mindestens 25 Prozent eingeführt werden, um „Steuerwettbewerb“ zu unterbinden. Um soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen fordern wir eine neue Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer. Ab einem Vermögen von 500.000 € wollen wir eine Steuer von 0,25% einführen, die progressiv auf bis zu 1,5% steigt.

Von der Ebene von Gemeinden und Ländern bis hin zur bundesweiten, europäischen und internationalen Ebene sollen BürgerInnen in die Gestaltung des Green New Deal eingebunden werden. Der Green New Deal ist als ein demokratischer Prozess zu sehen, der Mitsprache und Mitentscheidung ermöglicht.

3. ÖKOLOGISCHE KOMPONENTE

Laut Bundesverfassungsgesetz Art. 10 obliegt dem Bund die Gesetzgebung und die Umsetzung von Maßnahmen zur Abwehr von gefährlichen Belastungen der Umwelt, die durch Überschreitung von Immissionsgrenzen entstehen. Die Auswirkungen konkreter gesetzlicher Maßnahmen zur Realisierung der ökologischen Komponente des Green New Deal sollen in den nächsten Monaten von ExpertInnen in öffentlichen Beteiligungsprozessen unter Einbindung der SozialpartnerInnen und zivilgesellschaftlichen AkteurInnen thematisiert und evaluiert werden. Dabei ist auch darauf zu achten, dass Beteiligungsprozesse geschlechtergerecht gestaltet sind.

Öffentliche Investitionsprojekte sollen durch eine Vielzahl von kleineren und größeren Projekten aus der Zivilgesellschaft, aus dem Bereich der Genossenschaften und anderen am Gemeinwohl orientierten Organisationsformen unterstützt werden.

Um Belastungen und Schäden an der Umwelt zu vermeiden, müssen wir die Verursacher zur Verantwortung ziehen. Laut einer Studie von Richard Heede in der Fachzeitschrift Climatic Change aus dem Jahr 2014 sind nur 90 Produzenten für 63% der weltweiten CO₂-Emissionen zwischen 1854 und 2010 verantwortlich. Diese Produzenten kommen aus der Erdöl-, Erdgas- und Kohleförderung. Mit ihrer Profitgier sorgen einige wenige Unternehmen dafür, dass wir alle die Umweltschäden erleiden, die bei Produktion ihrer Produkte anfallen. Der Profit der wenigen beruht also in der Verteilung der Schäden auf eine sehr große Menge an Menschen.

Das gleiche gilt beispielsweise auch für große Agrar-Konzerne. Deren Vormachtstellung weltweit trägt zu Gewinnen in Milliardenhöhe bei. Zudem werden meist zu hohe Mengen an Medikamenten, Dünger oder Pestiziden eingesetzt, die bei uns Allergien auslösen, zum Bienensterben beitragen oder das Grundwasser verunreinigen.

Ein uneingeschränkter Wettbewerb tendiert dazu, zentrale Werte des Zusammenlebens zu untergraben. Jene Unternehmen, die ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber anderen vermeiden, schaffen sich einen Wettbewerbsvorteil und setzen zugleich mit ihren niedrigen Standards die unter Druck, die soziale und ökologische Vorgaben einhalten wollen. Der Staat muss diesem Marktverhalten einen ganz klaren Riegel vorschieben, das Gemeinwohl in den Vordergrund stellen und soziale und ökologische Werte beleben. Es sollen Energiestandards für gewisse Produktkategorien (z. B.: Autos, Klimaanlage, Kühlschränke, Kochgeräte, Unterhaltungselektronik, andere elektronische Haushaltsgeräte) ausgegeben werden und die Energieeffizienz als Maßstab gelten. Die Arbeitsbedingungen, die Produktqualität und der Umwelteinfluss im Produktlebenszyklus sollen zu relevanten Kriterien für Produktstandards werden. Bei Nichteinhaltung der vorgegebenen Standards soll es zu durchsetzbaren Strafzahlungen und Verkaufsverboten kommen. Konzerne, die die Ausbeutung von Menschen in Ländern des globalen Südens sowie Raubbau an der Umwelt ignorieren oder gar für den eigenen Profit in Kauf nehmen sollen vom Staat geahndet werden. Es muss die Verantwortung des Staates und seiner gesamtgesellschaftlichen und demokratisch legitimierten Einrichtungen sein die Standards zu kontrollieren und durchzusetzen. Diese Regeln sollen intelligent gestaltet sein, Innovationen befördern und zu treibenden Kräften für ökologische Modernisierung und Fortschritt werden.

Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen weltweit auf Netto-Null-Emissionen bis 2050 und eine Reduktion von 40 bis 50 Prozent bis 2030 ist notwendig. Der Umbau der Energieversorgung in Richtung 100 Prozent nachhaltige, saubere und leistbare Energie ist das Ziel. Damit diese klimapolitischen Ziele erreicht werden, müssen wir vollständig aus der Nutzung fossiler Brennstoffe aussteigen.

Welche Maßnahmen wären notwendig?

- Investitionen in Forschung, Entwicklung und in Bildung anstoßen und so Zehntausende von guten, hochbezahlten Arbeitsplätzen mit Kollektivverträgen schaffen.

- Investitionen in eine thermische Sanierung des Gebäudebestandes und Erneuerung des Heizungsbestands hin zu einer Wärmewende: die jährlichen Investitionen sollen zu nächst auf rund fünf Milliarden Euro steigen.
- Schluss mit sowohl offenen als auch versteckten Subventionen für fossile Energiequellen und Förderung der Nutzung von modernen Heizsystemen (Biomasse, Wärmepumpen, Solarthermie)
- Öffentliche Investitionen in öffentlichen Nah- und Fernverkehr tätigen. Hin zu einer Mobilität, die nicht mehr auf einem mit fossilen Brennstoffen motorisierten Individualverkehr basiert. Die öBB soll eine echte Alternative zum Auto und zum Flugzeug werden. Eine bessere, enger getaktete Anbindung ländlicher und suburbaner Regionen soll den Umstieg auf nachhaltige Mobilität einfach machen. Die Preise sollen derart gestaltet sein, dass sie den Zugang für alle Menschen ermöglichen. Wir wollen die Investitionen der öBB auf eine Milliarde Euro jährlich vervierfachen.
- Aufbau eines europäischen Bahnnetzes mit Hochgeschwindigkeitsverbindungen, mehr Direktverbindungen, und mehr Nachtzügen. Für Kurz- und Mittelstreckenverkehr muss die Bahn das Verkehrsmittel der Wahl werden.
- Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs soll gefördert, jene von PKWs auf ein Minimum beschränkt werden. Dazu sollen Straßen um- und ausgebaut werden. Bis 2030 sollen 900 Millionen € jährlich investiert werden.
- Steueranreize und Förderungen schaffen, um in neue umweltschonende Technologien zu investieren. Insbesondere soll die Forschung in neuen Antriebstechnologien gefördert werden.
- Wir fordern einen konkreten, realistischen Plan zur Ausarbeitung der gesetzlichen Maßnahmen zur Erreichung einer Reduktion der Netto-CO₂-Emissionen bis 2030 um etwa 65% (gegenüber dem Niveau von 2010). Bis spätestens 2040 soll Österreich emissionsfrei sein. Dieser Plan soll unter Einbeziehung von ExpertInnen und der Zivilgesellschaft gestaltet werden.
- Die Handelspolitik soll so gestaltet werden, dass es zu einem fairen Wettbewerb kommt: Kostenvorteile durch das Unterlaufen von ökologischen oder sozialen Standards sollen beseitigt werden. Die Arbeitsbedingungen, die Produktqualität und der Umwelteinfluss im Produktlebenszyklus sollen zu relevanten Kriterien für Produktstandards werden. Bei Nichteinhaltung der vorgegebenen Standards soll es zu durchsetzbaren Strafzahlungen und Verkaufsverboten kommen.

- Die Rolle der staatlichen Regulierung muss neu gedacht werden: Aktivitäten des Staates sollen auf eine Förderung des Gemeinwohls ausgerichtet sein. Der Markt ist als Instrument zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele zu verstehen, und nicht die Gesellschaft als Instrument zur Erzielung von Profiten.
- Der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas soll beschleunigt werden. Der gesamte Stromverbrauch soll spätestens 2030 aus nachhaltigen Energiequellen kommen.
- Einrichtung eines ExpertInnenrates für aktive Industriepolitik, der selbstständig Vorschläge für jede vom Strukturwandel betroffene Region vorlegt.

4. SOZIALE KOMPONENTE

Der Green New Deal soll nicht nur den ökologischen Umbau gestalten, sondern auch eine soziale Transformation ermöglichen. Technologische und ökologische Innovationen alleine können keinen ausreichenden Beitrag zur Dekarbonisierung und hin zu einem Systemwandel leisten. Durch die Versöhnung sozialer und ökologischer Dimensionen wollen wir die Grenzen der bisher verfolgten Strategien überwinden. Soziale Gerechtigkeit und ein Umdenken der polit-ökonomischen Strukturen ist notwendig. Wir wollen dabei als oberste Ziele Vollbeschäftigung und Preisstabilität verfolgen sowie eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen und die Förderung der Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen.

Während in der Unternehmenswelt und auf den Märkten die Stimmen eins zu eins mit Euros unterlegt sind (nur wer Geld ausgibt beeinflusst das Angebot an Gütern), wollen wir den Menschen wieder zu mehr Einfluss in der Gestaltung der Gesellschaft verhelfen. Dazu werden wir unser Recht auf Mitbestimmung, als Grundlage für demokratisch legitimes Handeln, einfordern. Ziel dabei ist die Förderung des Gemeinwohls, nicht konzerngesteuerte Politik die ohne Rücksicht auf Menschen oder die Umwelt ausschließlich auf Profitmaximierung abzielt.

Um Ressourcen zu bewegen – ohne das Motiv der Profiterzielung – müssen wir Strukturen aufbauen, die neben dem privaten Sektor der Wirtschaft bestehen können. Dies kann nur der Staat leisten. Um die sozioökologische Transformation vollziehen zu können, muss der Staat einige Aufgaben und Funktionen zusätzlich übernehmen.

Aufbauen wollen wir auf der Europäischen Sozialcharta. Dort findet sich unter Artikel 1 „Das Recht auf Arbeit“. Dort heißt es: „Um die wirksame Ausübung des Rechtes auf Arbeit zu gewährleisten, verpflichten sich die Vertragsparteien: 1. zwecks Verwirklichung der Vollbeschäftigung die Erreichung und Aufrechterhaltung eines möglichst hohen und stabilen Beschäftigungsstandes zu einer ihrer wichtigsten Zielsetzungen und Aufgaben zu machen“.

Den Vertrag aus dem Jahr 1961 hat auch Österreich unterzeichnet. Wir wollen dieses Recht für die BürgerInnen umsetzen. Unser Vorschlag „Recht auf Arbeit“ ist ein beschäftigungspolitisches Instrument des Staates. Niemand soll in unserer Gesellschaft auf Dauer unfreiwillig arbeitslos bleiben. Bezahlt wird dies durch die öffentliche Hand, wobei die Arbeitsplätze auf lokaler, regionaler und kommunaler Ebene festgelegt werden. Neue Arbeitsplätze sollen nicht mit bestehenden Arbeitsplätzen konkurrieren, weder im privaten noch im staatlichen Bereich. Ziel ist die Wiedereingliederung der arbeitslosen ArbeitnehmerInnen in reguläre Beschäftigungsverhältnisse.

Auf volkswirtschaftlicher Ebene ist das Recht auf Arbeit ein Instrument der Stabilisierung. In Krisenzeiten vergrößert sich automatisch die Zahl der Menschen im Programm Recht auf Arbeit und verhindert so Massenarbeitslosigkeit und Lohndruck indem er Arbeitswillige beschäftigt bis diese wieder einen Arbeitsplatz im privaten Sektor finden. In guten wirtschaftlichen Zeiten nimmt die Zahl der Beschäftigten im Recht auf Arbeit-Programm automatisch ab, da aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Lage, private Arbeitgeber diese Beschäftigten vermehrt einstellen, um so ihren Beschäftigungsbedarf zu decken. Das Ergebnis ist eine kontinuierliche Form der Vollbeschäftigung und der Preisstabilität. Das Recht auf Arbeit definiert den Wert der Arbeit grundlegend neu und schafft einen Ausgleich zu den Arbeitsplätzen die im Umstrukturierungsprozess verloren gehen. Gleichzeitig schaffen öffentliche Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche den Raum für die Entstehung von neuen, hoch qualifizierten Arbeitsplätzen. Niemand wird zurückgelassen.

Als ersten Schritt wollen wir innerhalb von zwei Jahren Langzeitarbeitslosigkeit beseitigen, dafür brauchen wir Ausgaben in der Höhe von maximal €1,1 Mrd. (0,3% des Bruttoinlandsprodukts) für bis zu 150.000 Arbeitsplätze. Als Vorbild für die benötigten, gesellschaftlich nützlichen Arbeitsplätze kann die Aktion 20.000 dienen.

Langfristig wird eine universelle „Jobgarantie“ angestrebt, die bei Bedarf und ohne Bedingungen jederzeit das Recht auf einen öffentlich finanzierten Arbeitsplatz vorsieht. Wer arbeiten kann und möchte, der bekommt einen unbefristeten Arbeitsplatz zu einem Lohn von €1.700,- im Monat mit voller Sozialversicherung zur Verfügung gestellt. Das „Recht auf Arbeit“ ist freiwillig, niemand wird zum Arbeiten gezwungen.

Zusätzlich werden neue Arbeitsplätze durch eine Arbeitszeitverkürzung geschaffen. Während neue Technologien und Digitalisierung der Produktivität in vielen Branchen stark gestiegen ist, blieb die weiterhin von Menschen gemachte Arbeit im selben Stundenausmaß bei weniger Angestellten. Durch eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich entstehen zusätzliche Stellen, während arbeitende Menschen mehr Freizeit genießen können und ihre Lebensqualität steigt.

Der Green New Deal und die mit ihm angestoßenen öffentlichen Investitionen und Organisationsänderungen unserer Ökonomie erlauben auch eine Neuordnung der Geschlechterverhältnisse in unserer Gesellschaft: Neben dem flächendeckenden Ausbau hochqualitativer Kinderbetreuung und von Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen schafft eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auch einen wichtigen Beitrag, die verbleibende unbezahlte Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Der Green New Deal schafft somit die wirtschaftlichen Voraussetzungen, um nach der rechtlichen Gleichstellung der 1970er-Jahre die ökonomische und soziale Gleichheit der Geschlechter zu verwirklichen.

Während manche Sektoren aufgrund der induzierten ökologischen Neuordnung der Wirtschaft schrumpfen werden, werden andere Sektoren wiederum florieren und Arbeitsplätze schaffen. Mit einer aktiven Industriepolitik und einem Recht auf Arbeit wird dafür Sorge getragen, dass es ausreichend Beschäftigungsperspektiven für alle vom Strukturwandel betroffenen BürgerInnen gibt, zum Beispiel in der Automobilzulieferindustrie.

Welche Maßnahmen sind notwendig?

- Investitionen in öffentliche Infrastruktur anstoßen und zehntausende qualitativ hochwertige und gutbezahlte zusätzliche Stellen im öffentlichen Dienst schaffen, davon: 24.000 neue Stellen im Bereich der Pflege; 20.000 neue PädagogInnen und Begleitpersonal für Schulen und Kindergärten; 100 neue Lehrstühle für relevante Wis-

senschaftsfelder an Universitäten; 5.000 neue PolizistInnen; 1.000 neue Stellen für RichterInnen bei der Justiz; 2.500 neue Stellen für ÄrztInnen. Zusätzlich wollen wir den Ausbau und die Förderung von Kindergärten auf dem Land. Das Ziel ist die flächendeckende Einrichtung von Gratiskindergärten.

- Das Ziel Vollbeschäftigung soll durch ein Recht auf Arbeit für alle, die arbeiten können und wollen in der Politik verankert werden. Dies schafft sinnvolle Arbeit für Arbeitslose und auch eine höhere Produktion. Durch das Recht auf Arbeit wird gewissermaßen ein neuer Mindestlohn etabliert, der bei €1.700,- € pro Monat liegt. Ungewollte Arbeitslosigkeit wird durch das Recht auf Arbeit de facto abgeschafft. Es entsteht so ein neuer gesellschaftlicher Preisanker mit einer Preisstruktur, die sich vom Recht auf Arbeit Lohn ableitet.
- Eine Arbeitszeitverkürzung auf eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich schafft zusätzliche Arbeitsplätze und hebt gleichzeitig die Lebensqualität.
- Der Staat soll dabei helfen, Preisstabilität zu erzeugen: Wenn der Staat seine Preissteigerungen moderater ausfallen lässt bzw. die Wohnkosten begrenzt und die Kapazitäten der Wirtschaft erhöht, dann senkt er bei stabilem Lohnwachstum die Inflationsrate.
- Der Staat soll durch eine gerechtere Struktur bei den Löhnen dabei helfen, dass bestehende Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung reduziert werden. Die Stützen unserer Gesellschaft sind nicht die ManagerInnen der großen Konzerne sondern die LehrerInnen, die ÄrztInnen, die KrankenpflegerInnen, die KindergärtnerInnen, die PolizistInnen und die RichterInnen. Sie müssen besser entlohnt werden. Insbesondere jene Arbeit, die sich dem Schutz und der Pflege der Natur sowie der Versorgung, Bildung und Pflege von Menschen widmet, soll aufgewertet werden.
- Investitionen in öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau.
- Entwicklung eines Masterplans für den ländlichen Raum: Regionen, die negative wirtschaftliche Umbrüche erleben, sollen mit Investitionen in öffentliche Infrastruktur und neue Industrien gezielt unterstützt werden.
- EinE eigenständigeR UmweltministerIn ohne anderes Ressort soll die Implementierung des Green New Deal überwachen und für die Erreichung der Ziele des Green New Deal sorgen. Die Qualität der Maßnahmen soll laufend überprüft, gesichert und allenfalls angepasst werden.
- Jedes Gesetz und jede Verordnung soll eine Treibhausgas-

Folgenabschätzung beinhalten. Bei Verfehlung von Treibhausgas-Emissionszielen soll jährlich ein Emissions-Nachtragshaushalt mit ausreichenden Maßnahmen beschlossen werden. Ein unabhängiger, mit ausreichend finanziellen Ressourcen ausgestatteter Klimaschutzrat soll den Nachtragshaushalt beurteilen und ablehnen können. Beschickt werden muss der Rat mit unabhängigen ExpertInnen, keinesfalls aber mit RegierungsvertreterInnen oder von diesen abhängigen Personen.

5. WIRTSCHAFTLICHE TRANSFORMATION

Der Green New Deal soll nicht zu einer De-Industrialisierung führen, ganz im Gegenteil: Nachdem Jahrzehnte neoliberaler Dominanz zur Zerstörung industrieller Strukturen in Westeuropa und den USA geführt haben, bietet der Green New Deal neues Potenzial zur Stärkung von Industrien und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in gewerkschaftlich organisierten Hochlohnbranchen.

Die dafür notwendige Transformation darf aber nicht den kurzfristigen Profitinteressen des Marktes überlassen werden. Vorbilder für die notwendigen Strukturen bietet der historische New Deal von Franklin D. Roosevelt: Der National Industrial Recovery Act (NIRA) sah vor, dass koordiniert durch eine National Recovery Administration (NRA) die Unternehmen auf Branchenebene destruktiven Wettbewerb ausschalten und gemeinsam Maßnahmen treffen sollten, um die ökonomische und soziale Krise in ihrer Branche zu überwinden. Sie sollten gemeinsam mit Gewerkschaften Abkommen zu Mindestlöhnen, Preisen, Investitionen und Arbeitsbedingungen treffen.

Dieses System sollte auch auf den Green New Deal übertragen werden: Auf Branchenebene sollen die UnternehmerInnen gemeinsam einen Aktionsplan entwickeln, wie ihre Branche aus dem fossilen Zeitalter aussteigen kann, ohne dabei Positionen am Weltmarkt zu verlieren und ohne, dass gut bezahlte Jobs verloren gehen. Sie sollen die Potenziale ausloten, wie die Energiewende genutzt werden kann, damit die Branche besser dasteht als zuvor und auch die Beschäftigten dort. Gemeinsam mit den Sozialpartnern und einer ExpertInnenkommission aus WissenschaftlerInnen sollen entsprechende Abkommen entwickelt werden. Dabei sollen auch die Anforderungen an den Staat definiert werden, welche finanziellen Ressourcen für Investitionen und für Forschung und Entwicklung erforderlich sind. Eine European Green Reco-

very Administration soll diese Pläne koordinieren und ihre Umsetzung überwachen.

Ein solches Konzept erfordert grundsätzlich keine Zwangsmaßnahmen. Subventionen und der Zugang zu Krediten der Europäischen Investitionsbank, des Austria Wirtschaftsservice usw. sollten aber an eine Beteiligung geknüpft werden. Die Beteiligung an der Klimarettung wäre also mit einer massiven wissenschaftlichen und finanziellen Unterstützung verbunden. Dabei wäre natürlich zu berücksichtigen, dass die umfassende staatliche Unterstützung an der Entwicklung technologischer Innovationen und den für deren Umsetzung notwendigen Investitionen mit der staatlichen Beteiligung an den umgebauten Unternehmen berücksichtigt werden muss.

6. FINANZIERUNG

Der Staat ist der Schöpfer der Währung. Die Europäische Zentralbank (EZB) kann kostenlos und unbegrenzt auf den von ihr verwalteten Konten von Banken und staatlichen Institutionen Geld aufbuchen. Diese Möglichkeit planen wir für den Green New Deal zu nutzen. Die Zentralbank wacht dabei über die Preisstabilität. Die Strategie der Austeritätspolitik mit Kürzungen der Staatsausgaben hat in der EU klaffende soziale Wunden, Massenarbeitslosigkeit und eine Umverteilung von arm zu reich erzeugt. Es war ein Irrglaube, dass der Rückzug des Staates zu mehr wirtschaftlicher Dynamik führen könnte. Ganz im Gegenteil: Der Staat ist ein wesentlicher Faktor bei der Herstellung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Dynamik.

Der Wohlfahrtsstaat ist die Quelle unseres Wohlstands und ein wesentlicher Grund für den sozialen Frieden und die daraus folgende hohe Produktivität. Ohne Krankenversicherung, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, die Pensionsversicherung, ohne Justiz und Polizei, ohne Kindergärten, Schulen, Berufsschulen und Universitäten, ohne ÄrztInnen, PflegerInnen und Krankenhäuser wären wir nicht die Gesellschaft, die wir sind. Wir sind auf unsere Gesetze und deren Einhaltung sowie auf eine starke Europäische Union und einen stabilen Euro angewiesen um eine bessere, gerechtere Zukunft für alle zu schaffen.

7. GREEN BONDS

Der Green New Deal ist ein europäisches Projekt. Grüne Anleihen („Green Bonds“), die über die Europäische In-

vestitionsbank (EIB) emittiert werden, sollen der Finanzierung des Green New Deal dienen. Die EIB verkauft dabei Wertpapiere mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2049 an private Investoren. Die Erlöse reicht sie an die jeweiligen Bundesregierungen weiter. Die EZB wird sich verpflichten, den Markt für diese Anleihen so zu gestalten, dass die Finanzierung nachhaltig gesichert ist. Sie wird angewiesen, die Green Bonds als Sicherheit für Zentralbankkredite zu akzeptieren und im Zweifelsfall alle Anleihen aufzukaufen. So werden Grüne Anleihen zu risikofreien Anleihen, was sie bei Investoren begehrt macht. Die Zinsen werden durch die Nationalstaaten aufgebracht in Höhe des auf der jeweiligen Anleihen festgelegten Zinssatzes. Dieser wird bei Ausgabe in Höhe des Einlagezinses der EZB festgelegt. Gegen Ende der Laufzeit können sich die Europäerinnen und Europäer entscheiden, ob die Anleihen zurückgezahlt oder durch neue Anleihen ersetzt werden.

Die Verzinsung richtet sich nach dem Leitzins der EZB. Jedes EU-Land soll bis zu €2.500 pro Einwohner pro Jahr für den jeweiligen Green New Deal abrufen können. Der Anteil der Ausgaben für den Green New Deal läge bei bis zu 8,35% des BIP. So erhält der Staat ausreichend finanzielle Mittel, um den Klimaschutz und den Übergang zu einer gerechteren Gesellschaft angehen zu können. Da die EIB die Green Bonds auflegt und nicht die Nationalstaaten, entstehen keine Konflikte mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Ganz im Gegenteil werden sicherlich je nach Steuersystem 30-50% der Ausgaben als Steuereinnahmen bei den jeweiligen Kommunen, Bundesländern und Bundesregierungen landen. Dies wird die Situation mit nationalen Schuldenbremsen und anderen institutionellen Regelungen deutlich entspannen.

8. STEUERN

Um das Verhalten des Privatsektors in nachhaltige Bahnen zu lenken sollen Abgaben eingeführt werden, wenn notwendig. Diese sollen der Steuerung der Preise und des Marktverhaltens dienen und so die notwendige Verzichtleistungen für einen Green New Deal gerecht verteilen. Ein Teil dieser neuen Steuern werden einige Milliarden einbringen und sollen Ressourcen für den Einsatz im Bereich der sozialen Green New Deal Maßnahmen freisetzen aber nicht zur Finanzierung eines Green New Deals per se dienen.

Die steuerliche Bevorzugung des Flugverkehrs im Vergleich zur Bahn und zum öffentlichen Nahverkehr soll abgeschafft werden.

Es soll eine CO₂-Abgabe eingeführt werden. Wir wollen, dass die Preise für Energie die mit ihnen verknüpfte Belastung des Klimas widerspiegelt. Die Preise werden dabei langsam erhöht, ein Preispfad soll Verbraucherinnen und Verbrauchern Sicherheit geben, was die Kosten für Mobilität der Zukunft anbelangt. Einkommensschwächere Haushalte werden dabei entlastet. Stärker belastet werden diejenigen, die einen relativ hohen Benzinverbrauch haben. Durch eine Absenkung der Maut-Gebühren in Höhe der erwarteten CO₂-Abgaben wird diese einkommensneutral gestaltet.

Großkonzerne müssen endlich ihre gerechten Steuerbeiträge leisten. Gewinne müssen in jenem Land versteuert werden, in dem sie erwirtschaftet werden! Dem Missbrauch von Lizenzgebühren zur Gewinnverschiebung muss ein Riegel vorgeschoben werden. Wir wollen eine Obergrenze von 5 Prozent für den Anteil der Gewinne, die ein Konzern als Einnahmen von geistigem Eigentum verschieben darf. Beim Steuerwettbewerb, in dem sich Niedrigsteuerländer gegenseitig unterbieten, gibt es nur wenige Gewinner und viele Verlierer. Eine EU-weite einheitliche Körperschaftssteuer von mindestens 25 Prozent soll eingeführt werden.

Online-Riesen wie Facebook und Amazon dürfen sich nicht länger um ihre Steuerbeiträge drücken. Ihre Gewinne müssen digitalen Betriebsstätten in den jeweiligen Ländern zugeordnet und dort entsprechend versteuert werden. Eine gerechte Besteuerung braucht Transparenz. Wir fordern deswegen ein öffentliches Country-by-Country-Reporting. Jedes Unternehmen muss Informationen zu Kosten, Ertrag und Gewinn für jedes Land, in dem es aktiv ist, veröffentlichen.

Wir erkennen, dass Demokratie nicht funktionieren kann, wenn keine soziale Gerechtigkeit herrscht. Vermögenssteuern sollen zur Umverteilung von extremen Vermögen verwendet werden und soziale Gerechtigkeit herstellen. Dazu wollen wir die Einführung einer Vermögenssteuer nach dem vorgeschlagenen GPA-djp-Modell. Vermögen bis 0,5 Mio. € bleiben steuerfrei. Ein progressiver Steuersatz von 0,25% bis 1,5% ab 2 Millionen € soll angewendet werden.

Maßnahmen:

- Ein EU-weites Grüne Anleihen Programm soll für Österreich bis zu 21,9 Mrd. € pro Jahr erzielen. Die EZB soll den Markt für diese Anleihen unterstützen. Eine aufkommensneutrale CO₂-Abgabe wird die Preise der Energieträger transparenter machen. Durch eine Reduktion der Maut werden diejenigen bessergestellt, deren Fahrzeuge relativ wenig Benzin verbrauchen.

- Großkonzerne sollen endlich ihre gerechten Steuerbeiträge leisten. Wir wollen eine EU-weite einheitliche Körperschaftssteuer von mindestens 25 Prozent mit einheitlicher Bemessungsgrundlage.
- Entsprechende Besteuerung von Energieträgern und fossilen Brennstoffen in Abhängigkeit von den jeweiligen CO₂ Emissionen
- Öffentliches Country-by-Country-Reporting: Jedes Unternehmen muss Informationen zu Kosten, Ertrag und Gewinn für jedes Land, in dem es aktiv ist, veröffentlichen.
- Wir wollen eine Vermögenssteuer, um die Verteilungsgerechtigkeit und die Demokratie zu stärken. Sie betrifft alle mit einem Vermögen von mehr als einer halben Million.

9. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Seit Jahrzehnten fordert die Wissenschaft die Politik auf, die Klimakrise aktiv zu bekämpfen. Es drohen katastrophale Schäden für unsere Gesellschaften. Es ist noch nicht zu spät, die Klimakrise und seine gesellschaftlichen Auswirkungen können noch begrenzt werden. Das Ziel muss eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5° C sein. Unser Green New Deal ist ein Zehnjahresplan, der eine Reduktion der CO₂-Emissionen in der EU und in Österreich um 65% im Vergleich zu 2010 vorsieht mit dem Ziel, dass das Land spätestens im Jahr 2040 emissionsfrei ist. Dieses nationale Ziel soll gesetzlich festgeschrieben werden und einE eigeneR UmweltministerIn soll über die Einhaltung des Ziels wachen. Es sollen pro Jahr EU-weit 1.283 Milliarden € in grüne Energie und den sozio-ökologischen Umbau investiert werden. Wir wollen eine Bekämpfung der Klimakrise nicht nur dort, wo der Privatsektor glaubt, Gewinne erzielen zu können, sondern in all den notwendigen Bereichen des Lebens. Wir erwarten uns davon eine Erneuerung der wirtschaftlichen Dynamik in der EU und in Österreich, das komplette Verschwinden von ungewollter Arbeitslosigkeit, eine Verdrängung prekärer Arbeitsbeziehungen durch kollektivvertraglich gesicherte und gutbezahlte Stellen, eine Erhöhung der Einkommen insbesondere aus Arbeit generell und aus unternehmerischer Tätigkeit in der Privatwirtschaft.

Der Green New Deal soll den Wirtschaftsstandort Österreich stärken und eine Transformation der Gesellschaft ermöglichen hin zu einer nachhaltig wachsenden Wirtschaft, in der Vollbeschäftigung und Preisstabilität herrschen und sich Staat wie auch Unternehmen am Gemeinwohl orientieren. Der Umbau des Wirtschaftssystems in Richtung Klimafreund-

lichkeit und Nachhaltigkeit ist eine der größten wirtschaftlichen Chancen für Österreich seit dem Ende des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg.



JULIA HERR

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich und kandidiert auf Listenplatz 6 der SPÖ für das EU-Parlament.



Christian Ludwig Attersee,
„Ansichtskarten“, 1971
Privatbesitz. Foto: Atelier/ Archiv Attersee, Wien, ©
Bildrecht, Wien, 2019
Mischtechnik auf Karton, 110,5 x 140 cm

EU-WAHL:

Rechte Konzernpolitik & Klimakatastrophe – ein hoffnungsloser Fall?

Rechte Parteien und PolitikerInnen, die nur den Konzernen dienen, leugnen die Klimakrise. Dadurch nehmen sie unseren Planeten in Geiselhaft. Doch warum tun sie das? Als SPÖ- Energiesprecherin und EU- Kandidatin beschäftigt sich **Muna Duzdar** nicht nur mit den Ursachen und Folgen der Klimakrise. Sie möchte auch aufzeigen, dass die LeugnerInnen der Klimakrise lügen. Deshalb mache ich mich im Europawahlkampf für eine Energie- und Klimaschutzunion stark, denn jetzt geht es um unsere Zukunft.

Jeden Freitag gehen sie auf die Straße, um für unser Klima zu kämpfen: “Fridays for Future“ ist eine weltweite Bewegung, der sich hunderttausende junge Leute angeschlossen haben. Diese und viele andere internationale Protestbewegungen zeigen: Klima-, Energie- und damit auch Gerechtigkeitsfragen rütteln die Menschen auf. Gebremst wird dieser Aktionismus allerdings von rechten Parteien wie der FPÖ. Deren VertreterInnen verhindern Klimaschutzmaßnahmen. Der FPÖ-Vizekanzler Österreichs bezweifelt den Einfluss der Menschen auf das Klima. Regelmäßig trommelt er verschwörungstheoretische Aussagen in Bezug auf die Klimaforschung. Der Verkehrsminister will die Erhöhung des Tempos auf Österreichs Autobahnen durchdrücken. Doch was steckt hinter dieser gefährlichen Politik?

NETZWERK VON LEUGNERINNEN UND RELATIVIERERN

Vor allem auf EU-Ebene stimmen die FPÖ und ihre rechten Schwesterparteien konsequent gegen Gesetze zum Schutz des Klimas und gegen die Förderung grüner Technologien. Zu diesem Schluss gelangt eine Studie des deutschen Think Tanks adelphi. Der Zusammenhang zwischen ihrem umwelt-

feindlichen Abstimmungsverhalten und dessen theoretischer Unterfütterung liegt auf der Hand: Ob das FPÖ-nahe Hayek Institut oder das pseudowissenschaftliche Europäische Institut für Klima und Energie, welches die Politik der deutschen Rechtspopulisten prägt – sie alle leugnen die menschengemachte Klimakrise.

ABGEHOBENHEIT IST PROGRAMM

Im neoliberalen Hayek-Institut leugnet man diese nicht nur, man macht sich lustig darüber. So sei die Klimakrise kein Problem, weil es ohnehin Swimming Pools gebe, in denen man sich gegen die Klimaerhitzung abkühlen könne. Letztes Jahr wurde die Leiterin dieses Privat Instituts Vizepräsidentin der Österreichischen Nationalbank – auf einem FPÖ- Ticket.

Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) holte erst kürzlich einen Uniprofessor, der die Klimakrise leugnet, in den deutschen Bundestag. Weltweit herrscht längst Konsens unter WissenschaftlerInnen, was die Ursache und Auswirkungen der Klimakrise angeht. Eine Handvoll WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen ignoriert weiterhin die Fakten.

WOHER KOMMT DIE VERANTWORTUNGSLOSE POLITIK?

Die plausibelste Erklärung für dieses Verhalten sind wohl wirtschaftliche Interessen. Rechte Parteien und PolitikerInnen zeichnen sich häufig durch extrem wirtschaftsliberale Haltungen aus. Genau deshalb werden sie gerne von Industriellen und Großunternehmen in Wahlkämpfen gesponsert.

REICHE SCHAFFEN AN, RECHTE POLITIKERINNEN FÜHREN AUS

Vielen Industriezweigen schmeckt die kritische Diskussion um unser Klima nicht. Sie haben viele Bilanzen im Sinn, aber bestimmt keine Öko- und Klimabilanzen. CO₂- Reduktionsziele werden als unternehmensfeindlich und unrealistisch abgetan. Man argumentiert mit globalem Wettbewerbsdruck. Rechte PolitikerInnen machen dementsprechende Politik.

Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter Oberösterreichs, Manfred Haimbuchner, sagte öffentlich, dass Klimaschutz zur Entindustrialisierung der Welt führe. Klimaschutzziele seien laut ihm eine wesentliche Bürde für die Wirtschaft und ohnehin nicht erreichbar. Der Politiker ist der Verbindungsmann zwischen FPÖ und Industriellenvereinigung. Hier wird deutlich: Industriebosse und rechte PolitikerInnen unterstützen sich gegenseitig. Erstere stellen finanzielle Mittel für Wahlkämpfe zur Verfügung, rechte PolitikerInnen bedanken sich mit klimafeindlicher, wirtschaftsliberaler Politik.

Auch auf internationaler Ebene wird es so gemacht. In Brasilien unterstützten die mächtige Agrarlobby und Großkonzerne den rechten Kandidaten Jair Bolsonaro im Wahlkampf. Nach seinem Wahlsieg holte er große Flächen des Amazonas- Regenwaldes für industrielle Großprojekte ab.

KATASTROPHEN UND TOTE SIND DAS RESULTAT

2018 gab es in Österreich 766 Hitzetote. 180 Menschen mehr als im Jahr 2017 sind an den Folgen von Hitze gestorben. Die Statistiken belegen die katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise. Die Zahl der verheerenden Dürren, Waldbrände und Murenabgänge nahm zu. Das passiert, weil der Gehalt an Kohlendioxid in der Luft heute so hoch wie zuletzt vor 800.000 Jahren ist.

Wir verbrennen fossile Brennstoffe. Dadurch werden jährlich gigantische Mengen CO₂ ausgestoßen und die globale Er-

wärmung wird vorangetrieben. Das sind wissenschaftliche Fakten. Leidtragende sind die Menschen, die von der Klimakrise primär getroffen werden. Millionen Menschen weltweit sind bereits auf der Flucht vor Dürre und Hitze. Ganze Regionen sind unbewohnbar. Es ist fragwürdig, ob unser Planet für nachkommende Generationen lebenswert bleibt.

CHANCE FÜR MEHR KLIMASCHUTZ: STARKE SOZIALDEMOKRATIE IN EUROPA

Wir stehen vor existenziellen Aufgaben. Die EU- Institutionen haben sich deshalb mit dem jüngsten Energierecht-Paket, dem sogenannten Clean Energy Package, zur Erreichung der Klimaziele beeilt. Es gilt die EU im Bereich der Energiepolitik zukunftsfit zu machen, denn Klimafragen sind auch Energiefragen.

Bei der EU-Wahl am 26. Mai wird sich entscheiden, ob das Europäische Parlament diese existenziellen Aufgaben in Zukunft lösen kann. Rechte Parteien drängen auf Sitze im EU-Parlament, um die Idee eines vereinten und solidarischen Europas zu zerstören. Sie wollen auch ihre klimafeindliche Politik fortsetzen. Der SPÖ- Spitzenkandidat Andreas Schieder hat gewarnt, dass die FPÖ mit ihrer klimafeindlichen Politik Konzerninteressen vor den Klimaschutz stellt.

Sozialdemokratische Parteien haben nämlich erkannt, dass die Klimakrise auch eine soziale Krise ist. Es sind die Schwächsten in unserer Gesellschaft, die am härtesten von den Folgen der Klimaerhitzung getroffen werden

Für sie muss die Politik der Zukunft gemacht werden. Und so wird die Sozialdemokratie diese existenziellen Fragen auch beantworten: mit sozialer Gerechtigkeit!

MUNA DUZDAR

ist Energiesprecherin der SPÖ im Nationalrat und als Rechtsanwältin in Wien tätig. Sie ist Kandidatin der SPÖ bei der EU-wahl am 26. Mai.

1. <https://derstandard.at/2000093340857/Strache-Ich-lebe-mit-diesen-Vorwuerfen-sehr-gut>
2. <https://orf.at/stories/3112923/>
3. <https://www.hayek-institut.at/hitzewelle-2018-kapitalismus/>
4. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw48-pa-umwelt-klima-578906>
5. https://www.vice.com/de_at/article/43amep/warum-die-fpo-den-klimawandel-in-frage-stellt
6. <https://www.dw.com/de/präsident-bolsonaro-bedroht-brasiliens-regenwald/a-46079231>
7. https://www.falter.at/archiv/FALTER_2019020611C17225C4/wie-viele-hitzetote-gab-es-im-vorjahr-herr-allenberger
8. Froitzheim Nikolaus: Hoffen auf einen weißen Ritter. In: General- Anzeiger (Bonn) vom 1./2. Dezember 2018
9. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190227_OTS0286/schie-der-klimawandel-leugner-strache-und-anderen-europaischen-rechtspopulisten-ist-schutz-unserer-kinder-offenbar-kein-anliegen



Christian Ludwig Attersee
„Butterbrot mit Rehflocken“, 1974/1975
Privatbesitz. Foto: Atelier/ Archiv Attersee, Wien, © Bildrecht, Wien, 2019
Mischtechnik auf Karton, 62,5 x 44 cm

Jeder auf seine Weise unglücklich.

Mit seinem Buch *Die politische Ökonomie des Populismus* versucht Philip Manow die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Populismus polit-ökonomisch zu ergründen und daraus Strategien abzuleiten. **Albert Dikovich** hat für die ZUKUNFT dieses bemerkenswerte Buch gelesen und kritisch beleuchtet.

Es ist in der Populismusforschung die Annahme verbreitet, der Populismus sei bloß eine Form, die mit einem beliebigen Inhalt aufgefüllt werden kann. Populistische Politik ist demnach an bestimmten wiederkehrenden Formmerkmalen zu erkennen, und diese Formmerkmale wurden in der Forschung ausführlich und mit einiger Redundanz aufgearbeitet. Ein großer Teil der Forschungsliteratur hat dabei den Charakter der Variation von Thesen, die Ernesto Laclau in *On Populist Reason* bereits 2005 vorgelegt hatte. Reason, Vernunft: Das ist in ihrer abstraktesten Bestimmung das Vermögen, die Welt nach Prinzipien zu ordnen. Das grundlegende Ordnungsprinzip der populistischen Vernunft ist nach Laclau ein Freund-Feind-Verhältnis, das zwar mit je unterschiedlichen konkreten Protagonisten besetzt wird, an dessen einem Pol sich aber auf jeden Fall ein rein diskursiv produziertes „wahres Volk“ befindet, und dessen anderen Pol eine nicht weniger diskursiv konstruierte „Elite“ bildet. Und dieses antagonistische Verhältnis ist es weiters, das politische Leidenschaften produziert, Politik eigentlich erst interessant macht und breite Partizipation erzeugt, oder aber – so seine Gegner – sachliche Debatte verunmöglicht, Gefühl an die Stelle von Verstand setzt und am Ende des Tages die liberale Demokratie zersetzt. Spätestens durch Jan-Werner Müllers Buch *Was ist Populismus?* aus dem Brexit- und Trump-Jahr 2016 wurde diese bei Laclau noch positiv besetzte, mit dem Gedanken einer Vitalisierung der Linken verbundene Gedanke zum Axiom der eher populismuskritischen wissenschaftlichen und vor allem journalistisch-feuilletonistischen Analyse. Auf diese Form kommt es an, denn sie ist es, die nach Jahrzehnten des Konsenses im

Zeichen der hegemonialen Ideologien von „rechtem“ Neoliberalismus einerseits und „linkem“ Multikulturalismus sowie Political Correctness andererseits ein beliebiges, gar nicht weiter der Auseinandersetzung würdiges Gemenge an Ideologemen und Forderungen politisch energetisiert.

Wenn es demnach nur auf Fundamentalopposition zum hegemonialen Konsens ankommt, ist es dementsprechend eine durch den Verweis auf ökonomische, letztlich auch kulturelle oder historische Faktoren nicht hinreichend beantwortbare Frage, warum nun in einem Land ein linksorientierter oder ein rechtsorientierter Populismus reüssiert. Dies bleibt eine kontingente Tatsache, und vielleicht ist am Ende allein die Erstbesetzung des oppositionellen Feldes entscheidend. Links- und Rechtspopulismus bedienen im Grunde die selben Gefühle der Frustration und Verunsicherung, sie konkurrieren um die Gunst jener Gruppe, die mit den Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit nicht mithalten vermochten. Nicht nur auf Chantal Mouffe und Ernesto Laclau als Vordenker der Populismusforschung könnte man sich zur Stützung dieser These berufen, sondern auch auf Aussagen von populistischen „Praktikern“ selbst, etwa Yanis Varoufakis oder Pablo Iglesias, die beide äußerten, dass bei einem Scheitern ihrer linkspopulistischen Bewegungen der radikal rechte Populismus übernehmen würde.

POPULISMUS ALS KULTURELLER PROTEST?

Eine zweite verbreitete These behauptet, dass Populismus weniger ein auf ökonomische Verwerfungen zurückzuführen-

des Phänomen ist, denn ein kultureller Protest, die Verweigerung eines kulturellen Modernisierungsprogramms westlicher liberaler Gesellschaften. Hier passt der Befund ins Bild, dass die Träger dieses Protests nicht, wie jahrelang angenommen, zu den sozial Abgehängten zu zählen sind, sondern durchaus der soliden Mittelschicht entstammen können, allerdings in den seltensten Fällen formell höher gebildeten urbanen Milieus zuzuordnen sind, ebenso wie die erstrangige Bedeutung, die nichtökonomischen Agenden wie political correctness, Feminismus oder kulturelle Identität und Religion im populistischen Diskurs zukommt.

MANOWS NEUER ANSATZ

Mit diesen Annahmen bricht Philip Manow in seiner vor kurzem erschienen Studie *Die politische Ökonomie des Populismus*. Die grundlegende These des Bremer Politikwissenschaftler ist, dass hinter der Wahl von Populisten ökonomische Motive stehen, die bisher übersehen wurden. Man hat den falschen Leuten falsche Motive nachgesagt. Populisten werden nicht ausschließlich von den vielzitierten Verlierern der Globalisierung gewählt, sondern von Menschen in sehr unterschiedlichen sozioökonomischen Positionen, von am Arbeitsmarkt marginalisierten Outsidern wie von ökonomisch soliden Teilen der Mittelschichten. Das liegt aber nicht daran, dass die verbindende Klammer des Populismus eine antimodernistische kulturelle Opposition wäre: Der Populismus nimmt deswegen auch unterschiedliche politische Stoßrichtungen an, weil er die Bedürfnisse von Menschen in unterschiedlichen persönlichen materiellen Situationen, die in jeweils in unterschiedlichen politischen Ökonomien eingebettet sind, bedient. Je nach der Verfasstheit der politischen Ökonomie fällt dieser Protestruf als ein „linker“ oder ein „rechter“ aus. Falsch ist demnach auf jeden Fall die Annahme, dass vage Frustrationserfahrungen und unerfüllte Bedürfnisse, gleichsam ein politisch unmarkiertes Substrat in ein linkes oder in ein rechtes diskursives Konstrukt kanalisiert, wie man im Anschluss an Mouffe und Laclau schließen könnte, vielmehr werden in den jeweiligen Populismen präzise ökonomische Interessen verhandelt. Nähert man sich dem Populismus von der politischen Ökonomie her, so zeigt sich eine Rationalität des Populismus, für die die „kulturalistischen“ bzw. konstruktivistischen Theoretiker des Populismus und das feindliche Lager der rationalistischen Liberalen am Ende gleichermaßen blind waren.

Wer vom Populismus spricht, muss von Kapitalismus spre-

chen, so Manow. Oder vielmehr von „Kapitalismen“, denn die Effekte des globalisierten Kapitalismus, gegen die sich populistischer Protest richtet und in dem seine unterschiedlichen Varianten ihren gemeinsamen Fluchtpunkt haben, fallen in den unterschiedlichen Teilen Europas sehr verschieden aus. Der Kapitalismus macht die politischen Ökonomien in Europa auf je spezielle Weise unglücklich, wie Manow in Anlehnung an Tolstoi schreibt, und seine Studie ist als eine Bestandsaufnahme dieser Spielarten des Unglücklichseins charakterisierbar. Die Argumentation lautet, auf das Grundsätzlichste zusammengefasst, wie folgt: In Nord- und Kontinentaleuropa sowie in Ost- und Westeuropa dominiert ein Populismus rechter Tendenz, in Südeuropa ein Populismus mit linker Tendenz, und dies ist auf die je unterschiedlichen Effekte zurückzuführen, die die grenzüberschreitende Bewegung von Personen (diese wiederum differenziert in Arbeits- und Fluchtmigration) auf der einen Seite, die grenzüberschreitende Bewegung von Gütern und Kapital auf der anderen Seite auf die jeweiligen politischen Ökonomien haben. Diese zwei durch die Aufgabe nationalstaatlich-souveräner Regulierung geschaffenen Bewegungsfreiheiten waren nach Manow zentrale Bestandteile der Einrichtung eines europäischen Systems der Globalisierung: die EU. Politische Ökonomien erscheinen bei Manow weiters definiert durch spezifische Systeme staatlicher Wohlfahrt und – in engem Zusammenhang mit diesen stehend – spezifisch verfasste Arbeitsmärkte. Diese vier Faktoren – Bewegung von Gütern und Geld, Bewegung von Personen, staatliche Wohlfahrtssysteme, Arbeitsmärkte – bilden das feste Bezugssystem für Manows Analysen.

SÜDEUROPA

Südeuropa hat demnach allem voran ein Problem mit der grenzüberschreitenden europäischen Geldpolitik und der Zufuhr von ausländischen Waren auf seine Märkte, während Migration weit weniger problematisch ausfällt. In Südeuropa funktionieren Wohlfahrtssysteme nämlich klientelistisch, sind für Migranten also weitgehend verschlossen, zudem besteht ein informeller Arbeitsmarkt, der fast ausschließlich von Migranten frequentiert wird, sodass es kaum zu Verdrängungswettbewerben und Verteilungskämpfen mit Einheimischen kommt. Südeuropas Populismus richtet sich also gegen den wirtschafts- und geldpolitischen Souveränitätsverlust, nicht gegen verlorene souveräne Grenzregime, und ist ein linksorientierter Protest von ökonomischen „Insidern“, insbesondere solchen aus dem durch die europäisch verordnete Austeritätspolitik unter Druck gebrachten Staatsapparat.

WEST- UND OSTEUROPA

West- und Osteuropa profitieren von der Wirtschafts- und Währungsunion (wobei nur ein Teil der betroffenen Länder in die Eurozone fällt), haben aber wenig ausgeprägte Wohlfahrtssysteme und deregulierte bzw. liberale Arbeitsmärkte, an denen ökonomische Outsider mit Arbeitsmigranten konkurrieren. Der populistische Trend fällt hier also migrationsfeindlich, also politisch rechts aus und wird von ökonomischen Outsidern getragen.

NORD- UND KONTINENTALEUROPA

Nord- und Kontinentaleuropa profitieren ebenfalls von Währungsunion und schrankenlosem Güter- und Geldverkehr, haben aber großzügige und einer universalistischen Verteilungslogik folgende Sozialstaaten. Ob hier tatsächlich von einer selbst rudimentären ökonomischen Logik noch die Rede sein kann ist offen, so wie überhaupt die Frage zu stellen ist, ob in der Interpretation von „Verteilungsgerechtigkeit“ und der Formulierung von sozioökonomischen Ansprüchen nicht unweigerlich auf Kriterien zurückgegriffen wird, die außerökonomischen Charakters sind: unter anderem eben auf die Vorrechtsansprüche des Staatsbürgers. Manow gesteht selbst ein, dass „ökonomische Probleme ‚kulturalisiert‘ werden (müssen), um für politische Mobilisierung überhaupt funktionieren zu können.“ Auf der Theorieebene ist die Frage zu stellen, ob ökonomische Probleme nicht erst durch „kulturelle“ Kriterien überhaupt zu Problemen werden, wie eben etwa die gleiche Versorgung von Arbeitslosen mit „einheimischem“ Hintergrund und mit Fluchthintergrund, die dem Statusbewusstsein des Einheimischen zum Problem wird. Unklar ist, was vor ihrer „kulturalisierten“ Artikulation eigentlich überhaupt als ökonomische Interessenslage vorliegen könnte.

Mit Blick auf das Beispiel des kontinental- und nordeuropäischen Rechtspopulismus lässt sich auch weiterfragen: Warum sind es gerade diese spezifischen Gruppen mit ihren je eigenen Leiderfahrungen, die zu Trägern einer neuen, gegen die bestehenden Verhältnisse und etablierten Parteien gerichteten Kraft werden? Sie sind ja gewiss nicht die einzigen, die die Globalisierung unter Druck bringt, oft nicht einmal die, die am stärksten unter Druck stehen. Man denke etwa an Hartz IV und an den ausgeprägten Niedriglohnbereich in Deutschland, Resultat einer Strategie zur Herstellung nationaler Wettbewerbsfähigkeit und politisch legitimiert durch die Berufung auf die Anforderungen der globalisierten Wirtschaft. Hochgradige, in objektiven Maßstäben wie Einkom-

mensvolumina messbare ökonomische Prekarität muss sich also nicht notwendiger Weise in hochgradiger politischer Intensität manifestieren, sondern kann offenbar als sozioökonomischer „Rohstoff“ politisch unbearbeitet bleiben oder nur schlecht bearbeitbar sein, während die von Manow angenommene „Reminiszenz“ vergangener Arbeitslosigkeit, also eine rein subjektiv erfahrene Prekarität, und Statusansprüche, die in Bezug auf ein rein hypothetisches Szenario der abermaligen Arbeitslosigkeit geltend gemacht werden, zu einer politisch intensiv vorgebrachten Gerechtigkeitsansprüchen führen. Geht man von einem primär sozioökonomischen Movens von Populismus aus, so liegt doch hier ein kleines Rätsel, und es drängt sich die Vermutung auf, dass sich an dieser Stelle doch die Eigenmacht des Kulturellen bzw. des Diskursiven deutlich macht und dass weiters ökonomische Motive zuweilen erst in der Vermengung mit nicht-ökonomischen Motiven wie schockartig aufkommender Fremdenangst wirksam werden.

KULTURELLER RAUM VON ANERKANNTEN PROBLEMGRÜNDEN

Es ist anzunehmen, dass die Artikulation und bereits Wahrnehmung von sozioökonomischen Problemen in einem kulturellen Raum von anerkannten Gründen geschieht, und sich legitime politische Forderungen erst in Rückbezug auf diese formulieren lassen. Diese Dialektik von politischer Kultur und ökonomischer Substruktur bleibt bei Manow noch dunkel und ist eine Forschungsaufgabe, die sein Buch dem Leser mitgibt. Fest steht: Dieser Raum von Gründen ist ein sich wandelnder. Die Frage, was in ihm und was außerhalb von ihm steht, ist selbst Teil des politischen Kampfes um Hegemonie. Die die Agenda 2010 begleitende staatliche und (boulevard)mediale Meinungsmaschinerie war ein solcher Versuch, den Raum legitimer Gründe nach dem Einschluss- und Ausschlussprinzip „Wettbewerbsfähigkeit“ zu begrenzen. Dass jene, zu deren Lasten seit Schröder die deutsche Wettbewerbsfähigkeit in volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenzahlen usw.) messbar hergestellt wurde, ihrem Leid in dieser Aufstiegsperiode nicht politisch Ausdruck verleihen konnten und dies erst jetzt zeitversetzt durch die Wahl der AfD tun, kann dann als voller Erfolg dieser Maßnahme gewertet werden.

EIN BILD DER EUROPÄISCHEN MISERE

Der große Wert von Manows Buchs liegt in der Warnung vor abstrakten Schematisierungen, in der Mahnung zum ge-

nauen Studium des jeweils individuellen populistischen Phänomens. Der im bisherigen Populismusdiskurs gewöhnlich als Erklärungsgrundlage dienende soziale Schmerz als Resultat eines Modernisierungsprozesses und von Populisten politisch verwertete Ressource nimmt mit diesem Buch die Gestalt von unterschiedlichen, klar benennbaren Problemlagen innerhalb spezifischer politischer Ökonomien an, die durch die Einrichtung eines europäischen Systems der Globalisierung, die EU, entstanden bzw. verschärft wurden, und zu deren Behebung sich dieses System bzw. die daran gebundenen Akteure als unfähig erweisen.

Populismus erscheint nun in Manows Ausführungen genau besehen in einer zweifachen Weise an das Konzept der Souveränität gebunden: Zuerst gilt er ihm als Ausdruck von ökonomischen Konflikten, die aus einer schlecht geregelten Souveränitätsabgabe entstanden, er erscheint aber auch als die Imagination, durch Wiedergewinnung von nationalstaatlicher Souveränität verlorene Kontrolle wiederherstellen zu können. So unterschiedlich die Motivlagen und Subjekte, die er beschreibt, auch sind; allen gemeinsam ist der Glaube an das Ermächtigungsversprechen der Souveränität. Populismus ist also im Wesentlichen Souveränismus.

SOVERÄNITÄT

Souveränität ist ein zentraler Bezugspunkt in der Ursachenbeschreibung des Autors und ist ebenso zentral für die ideologische Ursacheninterpretation durch seinen Forschungsgegenstand, dem Populisten. Diese Doppelrolle des Souveränitätsbegriffs führt zu etwas Verwirrung. Am Ende des Buches schließt Manow an die ökonomischen Motivanalysen eine politische Bestandsaufnahme der Europäischen Union an. Ihm zufolge ist der „europäisierte“ Populismus ein „Protest gegen die Folgen, die das Aufgeben nationaler Grenzen mit sich brachte, und [...] Protest gegen die Folgen der Abschaffung nationaler Währungen.“ Dies hat Manow durch seine Untersuchung belegt, doch dem hätte man auch ohne diese kaum widersprechen können, stehen doch die Souveränität in der Geldpolitik und die Schließung von Grenzen ganz oben auf den Programmatiken der jeweiligen Populisten. Genauso wenig kann der Feststellung entgegengesetzt werden, dass man „der EU wird [...] vorwerfen können, beide Schritte, [...] unternommen zu haben, ohne dafür die hinreichenden Voraussetzungen geschaffen zu haben.“ Hier stellt sich die Frage: Welcher Art wären diese Voraussetzungen? Zweifellos leiden die südeuropäischen Länder heute an der durch

die Währungsunion bedingten fehlenden Möglichkeit, Leistungsbilanzdefizite durch die Abwertung nationaler Währungen auszugleichen. Gegen diese Handlungsunfähigkeit, ja Wehrlosigkeit wendet sich der populistische Protest in Südeuropa. Doch der Verlust der Währungssouveränität als „wichtiges Instrument des makroökonomischen Managements“ ist nicht die alleinige Ursache der Probleme, die der Süden mit der Bewegung von Geld und Gütern hat. Ihn zur solchen zu erklären, ist allerdings gerade die Strategie des Souveränismus, der widersprochen werden muss. Als Ursache kann nämlich ebenso gut, wenn nicht überzeugender, der Umstand identifiziert werden, dass in der Währungspolitik eine einheitliche europäische Steuerung vorhanden ist, während es eine solche weder in der Lohnpolitik, noch in der Fiskalpolitik gibt. Nicht die Aufgabe von Souveränität, sondern ein Ungleichgewicht zwischen zentralisierter und beibehaltener nationalstaatlicher Steuerung ermöglichte die Verwerfungen zwischen Norden und Süden. Die Folgen des insbesondere in Deutschland herrschenden Lohndruckes für den innereuropäischen Handel, für die deutschen Exportüberschüsse und für das Nord-Süd-Gefälle wurden durch Vertreter der Ökonomen wie Heiner Flassbeck oder Joseph Stiglitz bereits ausführlich beschrieben und kritisiert.

EIN KLÜGER KONSTRUIERTES EUROPA

Demzufolge würde eine naheliegende Devise lauten: Mehr Europa, oder zumindest ein besseres, ein klüger konstruiertes Europa. Mehr und nicht weniger zentralisierte Regulierung, die Lohnentwicklung und damit Preisentwicklung in den einzelnen Ländern akkordiert und den Spielraum von Lohndruck als Mittel zur Herstellung von Wettbewerbsvorteilen zum Nachteil anderer Mitgliedsländer einschränkt. Und mit Blick auf die nationalen Souveränitätsspielräume: Mehr europäische Solidarität in der Politik einzelner Länder, was im Falle von Deutschland nicht Europaidealismus, sondern gleichbedeutend mit einer am Lohnzuwachs der Arbeitnehmer orientierte, also eine klassisch linke Interessenspolitik wäre. Am Ende des Tages liegt nämlich ein nicht unbeträchtlicher Teil der Verantwortung für die beschriebenen und anhaltenden Verwerfungen bei niemand anderem als bei den deutschen Arbeitnehmern selbst bzw. ihren traditionell kompromissbereiten, seit Jahren aber beispiellos schwach auftretenden gewerkschaftlichen Vertretungen und parteipolitischen Fürsprechern, die mit ihrem Einverständnis damit, dass die steigenden Gewinne deutscher Unternehmen sich kaum in Lohnzuwachsen niederschlugen, mitverantworteten, dass

die Industrien in anderen Teilen Europas schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Die europäische Krise ist also nicht so unlösbar, wie sie notwendig erscheinen muss, wenn man den Souveränitätsverlust zu ihrer Ursache erklärt. Sie ließe sich zu guten Teilen gänzlich mit ihrem derzeitigen Bestand an nationalstaatlicher Handlungsmacht beheben. Davon liest man allerdings bei Manow nichts. Sein Ziel ist es nun zwar keineswegs, politische Lösungsvorschläge für die pluralen Krisenphänomene zu liefern, die die europäische Umsetzungsform der Globalisierung aufweist. Manow zeichnet in seinen abschließenden, mehr politischen denn ökonomischen Ausführungen ein Bild von Europa, bei dem der Akzent eindeutig auf seine Defekte gelegt wird. Nun darf man niemandem seinen Pessimismus zum Vorwurf machen, wenn dieser in einer eingehenden Betrachtung der Tatsachen gründet wie im Falle Manows, und vor allem soll hier nicht das Fehlen von gutgemeinten Durchhalteparolen und europafreundlichen Ermutigungsappellen kritisiert werden. Der Pessimismus hat aber zuweilen nicht nur atmosphärischen Charakter, sondern drückt sich vereinzelt auch in der politökonomischen Analyse selbst aus, wie am erwähnten Beispiel der Ursachenanalyse für die südeuropäischen Handelsbilanzdefizite deutlich wurde.

Man kann ohne Übertreibung von einer Episteme des Pessimismus sprechen. Die in der Linken besonders verbreitete Auffassung, der Europaverdrossenheit durch erweiterte Demokratisierung entgegenwirken zu können, sprich durch eine Stärkung des europäischen Parlaments, das nach wahrhaft europäischen Abstimmungen zusammengesetzt werden und eine Regierung bilden sollte, ist nach Manow fern jeder realistischen Einschätzung der Zustimmung, den europäischen Integrationsbestrebungen noch haben. Im Grunde werden diese nämlich nur noch als demokratisch allenfalls dürftig legitimiertes Wirken einer europäischen Exekutive (Kommission) und politisch zentristisch ausgerichteter nationaler Exekutiven, die gegenüber dem Zustimmungsgang ihrer Bevölkerungen einen „Pro-Integrationsbias“ aufweisen und deren Präferenzen nur „systematisch verzerrt“ repräsentieren, vorangetrieben. Summiert man die rechten und linken europaskeptischen Mandatare im Europaparlament zusammen, so kommt man, wie Manow erwähnt, auf 27 Prozent. Das ist etwas mehr als ein Viertel der Gesamtmandatare und damit natürlich noch kein Zeichen für ein moribundes Europa. Setzt sich trotz der debakulösen Entwicklungen nach dem Brexit-

Referendum der Trend fort, so ist indes für die bevorstehenden Wahlen ein weiterer Zuwachs dieses Lagers zu erwarten.

DIE RÜCKGEWINNUNG VON ZUVERSICHT

Der Souveränismus in Europa – auch der linke – gedeiht in einer Atmosphäre der schwindenden Zuversicht gegenüber der Möglichkeit einer evolutionären, sich durch intelligente Behebung auftretender Defekte und Fehlentwicklungen vollziehende Umgestaltung Europas. Linke politische Vorstellungskräfte waren stets beflügelt von der Idee, dass der Kapitalismus Strukturen und Institutionen hervorbringt, die in den gegebenen Verhältnissen einem schlechten Zweck dienen, mit deren Zweckentfremdung sich die Gesellschaft jedoch erheblich humanisieren ließe. So schon bei Karl Marx, so auch beim österreichischen Ökonomen Rudolf Hilferding, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Monopolen und Kartellen, den neuesten, fortgeschrittensten Verfestigungen ökonomischer Macht, das bereitliegende Werkzeug für eine künftige, rationale Steuerung des im Kapitalismus anarchisch ablaufenden Wirtschaftslebens ansah. Heute ist die EU ein Staatenkartell, in dem ein seine austeritäts- und exportorientiert ausgerichtete politische Ökonomie als verallgemeinerbares Modell missverstehendes Deutschland und seine engeren Verbündeten die Richtung vorgibt und sich auf die neoliberale Wirtschaftsintelligenz berufen kann. Man war überzeugt, dieses zu einem nachhaltig friedliche Koexistenz und gegenseitige Bereicherung der Nationen ermöglichenden Gebilde ummodellieren zu können. Denn Institutionen sind keine starren Entitäten, sie bergen ein über ihre gegenwärtige Funktion hinausreichendes Überschusspotential, und jede ambitionierte progressive Politik besteht auf ihre abstrakteste Charakterisierung heruntergebrochen im Versuch, diese Potentiale zur Entfaltung zu bringen.


Eine solche – um es phänomenologisch auszudrücken – Erscheinungsweise oder Perspektivierung der Europäischen Union geht unter Linken zunehmend verloren. Stattdessen gewinnt die Vorstellung an Überzeugungskraft, durch die Einziehung von nationalen Grenzen ließe sich Kontrolle über den globalisierten Kapitalismus und ein Spielraum für linke Politik wiedergewinnen. Das ist zwar angesichts der Reformimmunität des bröckelnden europäischen Gebildes und des Leides der Bevölkerungen in Südeuropa sehr verständlich, aber dennoch zutiefst fragwürdig, und zwar weit fragwürdiger als die Aussicht, dass eventuellen linken Regierungen in

einem nicht mehr durch europäische Institutionen regulierten Kapitalismus, also unter den Bedingungen einer verschärften nationalstaatlichen Konkurrenz wenig übrigbleiben wird, als das Geschäft des Nationalismus zu betreiben, und zwar auf ganzer Linie. Jean-Luc Mélenchons Pöbeleien gegenüber Deutschland geben einen guten Vorgeschmack davon, was für diesen Fall zu erwarten ist. Es ist ein realitätsferner Traum, in einer solchen Umwelt Weltoffenheit und internationalistischen Geist bewahren zu können, den der sich für besonders realpolitisch-abgeklärt haltende linke Souveränismus träumt.

Optimismus lässt sich aber weder verordnen, noch kann man ihn voluntaristisch zum Gegenstand einer Entscheidung erklären. In der gegenwärtigen Situation Optimismus zu fordern, ohne zumindest einige Gründe für diesen zu liefern, ist müßig. Vielleicht bedeutet es für die Rückgewinnung von Zuversicht bereits einen Anfang, sich auf die doch nicht zu knappen Restbestände nationalstaatlicher Handlungsmacht in diesem globalisierten und technokratisch gemanagten Europa zu besinnen. Man mag sich auch die gesamteuropäische Tragweite von substaatlich zu führenden Auseinandersetzungen vor Augen führen, die im eigenen Land zu führen sind. Optimismus mag nämlich einem zwar in der Kontemplation der verfahrenen europäischen Lage vergehen, doch er wird vielleicht aus dem Eingedenken der einzigartigen Verantwortung hervorgehen, welche auf den Schultern insbesondere der linken Politik in Deutschland lasten. Linke Europabefürworter sind hier nämlich in der privilegierten Lage, zur Lösung ihrer Probleme nicht erst das Ausland überreden zu müssen, sondern Probleme europäischer Tragweite auf dem heimischen Forum zur Entscheidung zu bringen. Wenn Linke in Deutschland und Österreich weniger für diese Auseinandersetzung brennen, in der Eigeninteresse der Arbeitnehmer und europäischer Auftrag koinzidieren, und stattdessen vermehrt Sympathien für einen linken Souveränismus à la Mélenchon äußern, so kann eigentlich dahinter nur ein heimlicher Defätismus stecken, dem im Bewusstsein der eigenen Schwäche nichts Besseres einfällt, als den Rambos in Europa zu applaudieren.

Es ist nicht Sache eines Österreicherers, hier Mahnungen auszusprechen. Es soll hier nur abschließend ausgesprochen werden, was vielen ohnehin klar ist: es ist die innere Politik der derzeitigen deutschen Regierung und der spätestens in zwei Jahren zustande kommenden Folgerregierung, aber auch die Offensivität der deutschen Arbeitnehmervertreter, die richtungsweisenden Charakter haben wird für das europäische

Projekt. Endlich hat die SPD die Abschaffung von Hartz IV zur Agenda erklärt, und die Zeit für eine signifikante Anhebung des Lohnniveaus in Deutschland kann angesichts des sich ausbreitenden Protektionismus nicht reifer sein. Diese Politik, die auch eine wesentliche, vielleicht entscheidende Korrektur der bestehenden Missstände im europäischen Gehäuse der Globalisierung bedeuten würde, ist vollkommen mit der gegebenen Fülle nationalstaatlicher Souveränität zu bewältigen. Es ist am Ende eine innerdeutsche Frage der gerechten Entlohnung von Arbeit, deren Entscheidung Konsequenzen für ganz Europa und insbesondere den Süden haben wird. Am Ende wird eben doch immer wieder von Neuem in nationalen politischen Arenen über das europäische Schicksal mitentschieden, und für kein Land gilt das so sehr wie für das mächtigste Land der Europäischen Union, Deutschland.

Dies zu betonen, bedeutet keineswegs eine Dramatisierung. Diese Entscheidungen werden entweder zu einer politischen Dynamik nach vorne, zu einem Abbau der gegenwärtigen Verschärfungen in Europa, oder zu einem fatalen Kampf um den Status quo, der nur zuungunsten ganz Europas ausfallen kann, führen. Denn es steht fest: Wird es einen ähnlichen Umschwung nach scharf rechts geben wie in Österreich, wird das Modell harter Neoliberalismus, zur Verbesserung der Publikumsstauglichkeit gepackt in das trojanische Pferd der „neuen Gerechtigkeit“ gegenüber Flüchtlingen und „Einwanderern ins Sozialsystem“, wird mit einem Wort das Modell Sebastian Kurz erfolgreich von jenen deutschen Konservativen kopiert, die derzeit mit Bewunderung nach Wien blicken, dann wurde diese Stadt dem gerecht, was Karl Kraus ihr nachgesagt hatte: nämlich ein Laboratorium des, nicht Weltuntergangs, aber sehr gut möglich des beschleunigten europäischen Niedergangs zu sein. 

ALBERT DIKOVICH

ist Doktorand der Philosophie an der Universität Wien. Er ist Mitherausgeber des 2018 erschienenen Sammelbands „Von der Revolution zum Neuen Menschen – Das politische Imaginäre in Mitteleuropa 1918/19“.



Christian Ludwig Attersee, „Gekocht + Ungekocht“, 1965
Privatbesitz. Foto: Atelier/ Archiv Attersee, Wien, © Bildrecht, Wien, 2019
Collage mit Illustriertenabbildungen auf Karton, 70 x 100 cm

Klartext zur Krise der Globalisierung?

Diskussionen zu Handels- und Globalisierungspolitik gestalten sich in der Regel schwierig, wenn weder dem Getöse des Trump'schen Rückschlags noch der marktgläubigen Liberalisierungseuphorie gefolgt wird. Eine Alternative bietet etwa der Harvard-Ökonom Dani Rodrik, dessen „Straight Talk on Trade“ sich **Oliver Prausmüller** in der folgenden Buchbesprechung widmet.

Über Symptome wie etwa Handelskriege wird derzeit viel diskutiert, weniger aber über deren zugrundeliegenden Ursachen. Diese liegen, so der Tenor des aktuellen „Trade and Development“-Report der UNCTAD, in einem Teufelskreis von „corporate political capture“ (also einer von Unternehmensmacht gekaperten Politik) und steigender Ungleichheit begründet: Geld werde demnach verwendet, um politische Macht zu gewinnen und politische Macht wird wiederum dazu verwendet, (noch mehr) Geld zu gewinnen. Diese Zeitdiagnose der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung macht nicht nur deutlich, wie sehr sich mittlerweile das Ruder weg von der Globalisierungseuphorie und Marktgläubigkeit der 1990er-Jahre gedreht hat.

Sie ist zudem ein weiteres Beispiel dafür, wie der Harvard-Ökonom Dani Rodrik als wichtige Referenz für aktuelle Globalisierungskritik dient. Den Nerv der polit-ökonomischen Diskussion trifft Rodrik nicht zuletzt durch seine pointierten Analysen der demokratiepolitischen Unverträglichkeit „hyperglobalisierter“ ökonomischer Integration, seine Vorwegnahmen des Phänomen „Trump“ sowie seinen nüchternen Umgang mit den Möglichkeiten und Grenzen sogenannter „Global Governance“. Welche Perspektiven bestehen dafür, aus dem eingangs geschilderten Teufelskreis aus demokratiezerstörender Kapitalmacht und verschärfter sozialer Polarisierung auszubrechen? Wohin soll eine stichhaltige Globalisierungs- und damit Kapitalismuskritik zielen, die sich zugleich der Gefahr des weltweiten Vormarschs „neuer Autoritarismen“ bewusst ist?

Für diese gegenwärtig höchst relevanten Suchprozesse enthalten die Interventionen von Rodrik jedenfalls diskussionswürdige Anhaltspunkte und produktive Irritationen. Zudem lohnt sich insbesondere auch im Spiegel jüngster Konflikte zu handelspolitischen Großprojekten (wie z.B. dem EU-USA-Abkommen TTIP oder dem Transpazifischen Abkommen TPP) eine Auseinandersetzung mit seiner letzten Monographie „Straight Talk on Trade – Ideas for a Sane World Economy“. Darin spricht Rodrik gleich im Eingangskapitel Klartext, was die Rolle der ökonomischen Disziplin für aktuelle Verwerfungen der Globalisierung und den Trump'schen Backlash betrifft: ÖkonomInnen hätten sich in den letzten Jahrzehnten zu sehr unter die „Cheerleader“ der Globalisierung begeben und mit der notorischen Ausblendung etwa von Fragen des Marktversagens, sozialen Dumpings und Verteilungseffekten oder etwa der regulatorischen Auswirkungen neuerer Freihandelsverträge zum derzeitigen Backlash beigetragen. Rodrik bezweckt mit dieser Kritik nicht, seiner Disziplin dafür pauschal die „Schuld“ zu geben. Ihr liegt vielmehr ein Plädoyer dafür zugrunde, die dahinterstehenden Missstände als real anzuerkennen und sich nicht nur im Seminarraum, sondern auch in der öffentlichen Debatte von den „Cheerleadern“ der Globalisierung zu lösen. Das würde nicht nur Glaubwürdigkeit zurückbringen. Dermaßen neu aufgestellte ÖkonomInnen könnten zudem – so das Wunschbild von Rodrik – als „ehrliche Makler“ („honest brokers“) eine differenzierte Debattenführung unterstützen.

„CORPORATE CAPTURE“ VON HANDELSABKOMMEN

Dafür lassen sich beispielsweise die Debatten zu den ökonomischen Effekten von handelspolitischen Großprojekten wie TPP und TTIP nennen: Diese seien unter Mithilfe von ÖkonomInnen nicht nur an der Grenze zum Propagandistischen ins Positive übertrieben worden. Damit sei zudem der Blick darauf verstellt worden, den Unterschied zu konventionellen Handelsabkommen (mit ihrem Fokus auf Zollabbau) und ihr nachteiligen Effekte auf Demokratie und gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt zu thematisieren. Die zentrale Stoßrichtung Rodriks gegenüber derartig umfassenden Abkommen der neuen Generation lautet: Sie verdienen im Grunde den Namen Handelsabkommen nicht – es handle sich vielmehr um einen länderübergreifenden Mechanismus zur Absicherung ökonomischer Renten und zur Förderung des „corporate capture“ von Regulierungen im Interesse politisch einflussreicher Exportunternehmen sowie multinational tätige Konzerne.

Rodrik spricht hier typischerweise vor allem diese vier Bereiche an, um diesen neuen Charakter von Handelsabkommen als Zwangsjacken für politische Handlungsspielräume zu veranschaulichen: geistige Eigentumsrechte (z.B. zur Absicherung der Monopolrenten von Pharmazieunternehmen), die Deregulierung bzw. Absicherung grenzüberschreitender Kapitalflüsse, die Forcierung von Sonderschiedsgerichten bei Investor-Staat Konflikten sowie die Harmonisierung regulatorischer Standards (inkl. eines erweiterten deregulatorischen Zugriffs auf z.B. einseitig als „Handelsbarrieren“ gebrandmarkter Gesundheits- und Sicherheitsstandards). Derartige Argumente zum expansionistischen Charakter von Handelsabkommen der neuen Generation sind nicht unbedingt neu – sie finden sich in einer langen Reihe globalisierungskritischer Beiträge von NGOs über Gewerkschaften bis hin zu frühen Forschungsarbeiten im Feld der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie. Aber als ein nicht zu unterschätzender Verdienst Rodriks kann auch in diesem Zusammenhang angesehen werden, dass er derartige Problemstellungen in viele bislang von den „Cheerleader“ der Globalisierung okkupierte Debattenforen holt und wirkungsvoll in den ökonomischen Mainstream interveniert.

Rodriks „Straight Talk on Trade – Ideas for a Sane World Economy“ beinhaltet zugleich eine Reihe von Argumenten und Überlegungen, die auch über den ökonomischen Mainstream hinaus durchaus irritierend wirken können. Dazu

zählt seine skeptische Einschätzung zur Fähigkeit von Global Governance-Ansätzen, die manifesten Probleme im Bereich Sozial-Dumping und unfairer Handel in den Griff zu bekommen. Dazu ist vorweg zu schicken: Eine der schärfsten Kritiken Rodriks an der handelspolitischen Technokratie lautet, dass sie die Probleme des Sozialdumpings nicht anerkennt und dementsprechend bei Gegenmaßnahmen versagt. Damit habe sie die Türen für Demagogen geöffnet und den gegenwärtigen Backlash maßgeblich mitverschuldet. Zugleich zeigt sich auch in diesem Zusammenhang, dass Rodrik im Zweifel eher gegen eine Auslagerung von gesellschaftspolitisch stark polarisierenden Fragen von der – von ihm vornehmlich auf nationalstaatlicher Ebene ausgemachten Möglichkeit zur – „demokratischen Deliberation“ an „Technokraten“ und „internationale Entscheidungskörper“ plädiert. Dieses Motiv bildet mitunter auch einen roten Faden in Rodriks prominentem Vorgängerbuch „Das Globalisierungsparadox“ und der dort zentralen „Trilemma-Diskussion“: Es sei demnach unmöglich, „Hyperglobalisierung“ (inklusive ihres Drangs zu einer uneingeschränkten ökonomischen Integration der Weltwirtschaft), „Nationalstaat“ und „Demokratie“ zugleich zu haben – höchstens zwei davon gingen auf einmal.

In diesem Kontext kämpfen globale Standards und Regelwerke nicht nur mit ihrer schweren Praktikabilität, sondern auch demokratischen Legitimität: Die wiederkehrende Befürchtung lautet deswegen, dass es im Rahmen von „Global Governance“-Lösungsansätzen nur zur Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner kommt. Rodriks Grundsatz „social dumping that undermines democratically legitimated domestic practices is not acceptable“ führt ihn hingegen dorthin, insbesondere innerstaatliche Entscheidungskompetenzen zur Abwehr unfairer sozialer Dumping-Praktiken stärken zu wollen: „Just as countries can impose duties on goods that are sold below costs, they should be allowed to restrict imports that demonstrably threaten damage to domestic regulatory arrangements“ (231). Rodrik berücksichtigt dabei durchaus, dass es dafür weniger trennscharfe Anwendungsfälle geben kann wie z.B. den unfairen Wettbewerb mit einem autoritären Regime, in denen schwere Verletzungen von sozialen und politischen Grundrechten gleichsam Teil eines relativ eindeutig nachweisbaren „Geschäftsmodells“ sind. Zugleich folgt er relativ konsequent der Linie, dass der Vorrang im Zweifel bei der demokratischen Deliberation abseits internationaler technokratischer Entscheidungskörper und bei der Aufwertung innerstaatlicher demokratischer Entscheidungsfindung zu liegen hat.

INTELLIGENTE GLOBALISIERUNG?

Dabei folgt er dem Credo: Intelligente Globalisierung müsse innerstaatliche Demokratie stärken – und nicht aushöhlen. Rodriks Kernüberlegung zum adäquaten Umgang mit dem besagten „Anti-Social-Dumping“-Prinzip lautet umso mehr: „The principle rules out extremism on both sides. It prevents globalizers from gaining the upper hand in cases in which international trade and finance are a backdoor for eroding widely accepted standards at home. Similarly, it prevents protectionists from obtaining benefits at the expense of the rest of society when no significant public purpose is at stake. In less clear-cut cases, in which different values must be traded off against each other, the principle forces internal deliberation and debate – the best way to handle difficult political questions“ (232). Zwar sei demokratische Deliberation keineswegs immer perfekt – aber nach Rodrik ist es jedenfalls die bessere Alternative als die Auslagerungen von stark interessens- und wertbezogenen Zielkonflikten an Technokraten und internationale Entscheidungsgremien. Weitgehend skeptisch steht er dem Ansatz gegenüber, diese Probleme des Sozialdumpings durch die Aufnahme von Sozialstandards in Handelsabkommen selbst in den Griff zu bekommen: Dieser sei bislang ineffektiv und laufe mitunter Gefahr, unter der Dominanz von handelspolitischen VerhandlerInnen für die Durchsetzung kommerzieller Interessen instrumentalisiert zu werden. Zusammengefasst nimmt Rodrik das Problem also zuvorderst „importseitig“ in den Blick und plädiert für die Ausweitung von handelspolitischen Verteidigungsinstrumenten gegen „unfairen Handel“ unter dem Gesichtspunkt des Sozial-Dumping – und das vor allem durch eine Stärkung der Handlungskapazitäten der betroffenen Staaten.

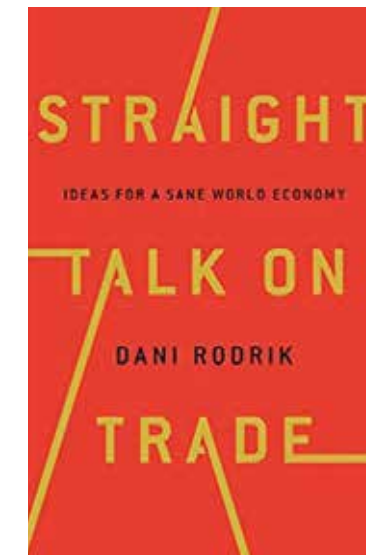
Um Missverständnissen vorzubeugen: Rodriks Buch beschränkt sich keineswegs auf handelspolitische Diskussionen im engeren Sinne – der Bogen reicht von Interventionen zur Industrie- und Innovationspolitik über Reflexionen zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideen bis hin zu fiskalpolitischen Spannungen innerhalb der Eurozone. Die Klammer bildet zugleich immer wieder die Problemstellung, wann wirtschaftliche Integration unverträglich für soziale Demokratie wird und in Desintegration umschlägt. Damit bewegen sich Rodriks Interventionen am Puls einer Zeitenwende, die im umfassenden Sinne sozial, politisch und ökonomisch durch eine verschärfte Polarisierung gekennzeichnet ist.

„Straight Talk on Trade – Ideas for a Sane World Economy“ ist jedenfalls lesenswert: Nicht nur, weil es vor die-

sem konfliktiven Hintergrund reich an Denkanstößen ist, sondern auch pointiert geschrieben ist. Ein offenes Fragezeichen bleibt hingegen, wo Rodrik die Grenzen seiner gängigen zwei argumentativen Fluchtpunkte für die Gestaltung einer gesünderen Globalisierung sieht: „Nationalstaat“ und „demokratische Deliberation“. Dies gilt umso mehr, wenn sich der globale Vormarsch neuer Autoritarismen weiter fortsetzt und der von Rodrik avisierten „demokratischen Deliberation“ noch stärker ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen entzogen werden. 🇪🇺

OLIVER PRAUSMÜLLER

ist Redakteur der Zeitschrift Kurswechsel sowie Referent in der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien mit den Schwerpunkten Außenwirtschafts- und Handelspolitik.

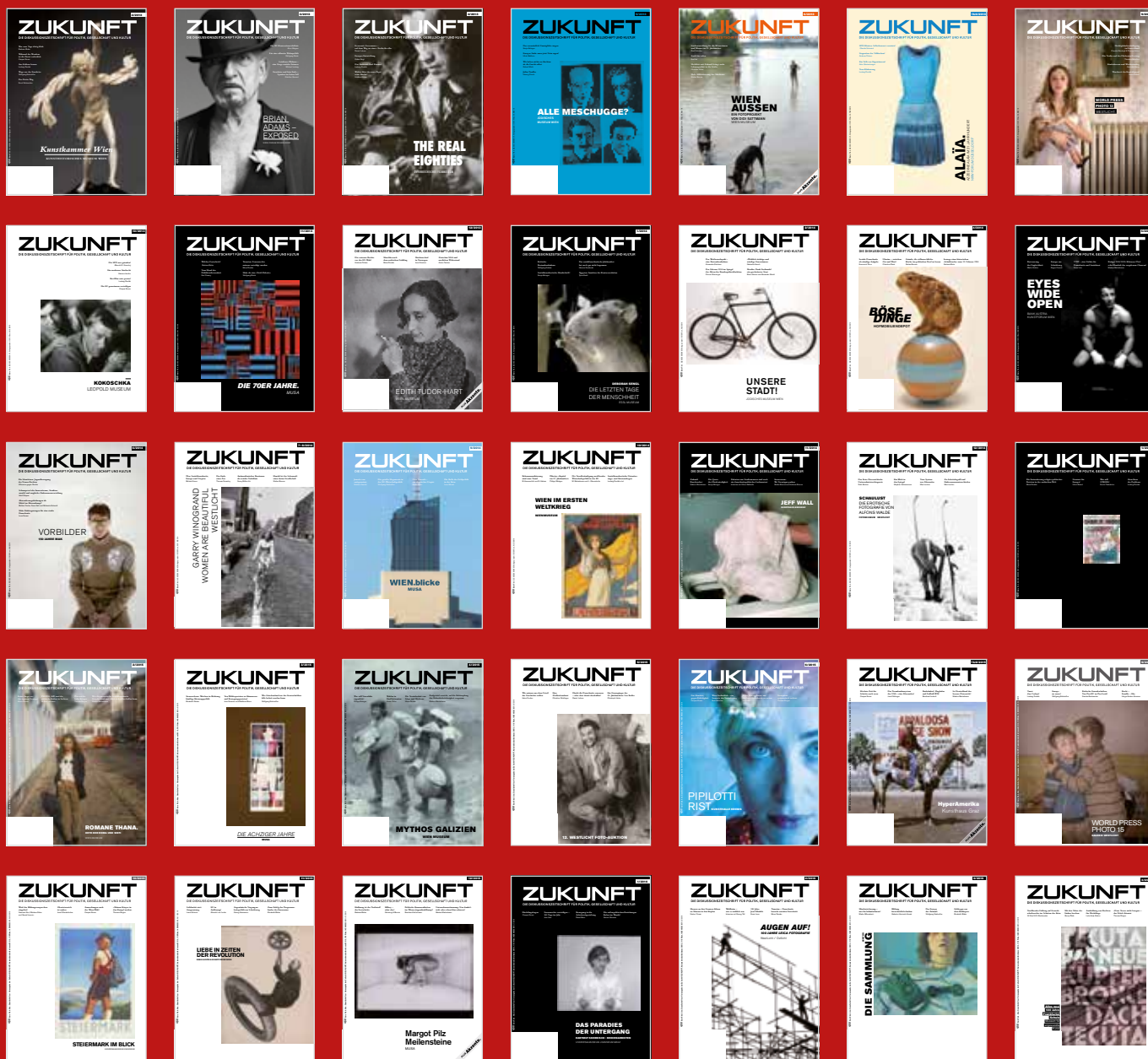


**DANI RODRIK (2018):
STRAIGHT TALK ON TRADE – IDEAS
FOR A SANE WORLD ECONOMY.**

*Princeton University Press. 316 Seiten, gebunden,
EUR 29,99. ISBN 978-0-691-17784-7*



Christian Ludwig Attersee, „Fingerimbiss“, 1965
Privatbesitz. Foto: Atelier/ Archiv Attersee, Wien, © Bildrecht, Wien, 2019
Collage mit Illustriertenabbildungen und spektralfarbenen Würfeln (Farbstift auf Karton) auf Karton, 70 x 100 cm



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____